CREDIT SUISSE

Kompass für die Schweiz

Die Schweiz in der Pandemie: Resultate und Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2021

01
Vorwort von André Helfenstein

02
Einleitung von Manuel Rybach

04
Sorgen: Pandemie nicht mehr alleinige Sorge

10
Europapolitik: Das verflixte siebte Jahr

16
Brücken bauen: Lebenswelten in der Schweiz

20
«Die Schweiz kann eine Rolle als geopolitischer Mediator spielen»
Bundesrat Ignazio Cassis im Sorgenbarometer-Gespräch mit Manuel Rybach

26
AHV: Weiterhin ein Topthema?
von Andri Silberschmidt

28
Blockaden überwinden
von Thomas Vellacott

31
Vertrauen sichert den bilateralen Weg
von Elisabeth Schneider-Schneiter

33
Wohnkosten belasten die Einkommensschwachen
von Fredy Hasenmeile

36
Krisenresistent: Leben im Angesicht der Unsicherheit

Cover: 13 Photo / Roland Schmid
Illustrationen: Alexandra Compain-Tissier

Spaltet oder eint die Pandemie das Land?

Liebe Leserin, lieber Leser
Wir durchleben turbulente und anspruchsvolle Zeiten. Die Covid-19-Pandemie beeinflusst unser Leben, unser Konsumverhalten und unser Arbeiten weiterhin erheblich. Aufgrund von verschiedenen Massnahmen zur Abfederung der negativen Folgen wie auch der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hat sich die Schweiz bisher im internationalen Vergleich wirtschaftlich gut geschlagen. Die staatlichen Unterstützungsmassnahmen sowie die gemeinsam von Bund und Banken aufgesetzten Covid-19-Kredite konnten ihre Wirkung rasch und unmittelbar entfalten.

Neben den wirtschaftlichen Folgen stellt sich die Frage der gesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Ist sie ein wesentlicher Treiber einer auch in der Schweiz um sich greifenden Verunsicherung? Spaltet oder eint sie die Schweizer Bevölkerung? Mit dem Sorgenbarometer der Credit Suisse, mit welchem wir seit 1976 die Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer erheben, können wir Antworten auf diese Fragen finden. Das Sorgenbarometer ist zu einem einzigartigen Spiegel der Befindlichkeit des Landes geworden, welcher die aktuelle Stimmungslage einfängt, langfristige Trends aufzeigt und so festhält, welche Themen Bestand haben.

Mit der vorliegenden Publikation möchte die Credit Suisse einen konstruktiven Beitrag zur öffentlichen Diskussion über die politischen Herausforderungen unseres Landes leisten. Es würde uns freuen, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv daran beteiligen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

ANDRÉ HELFENSTEIN
CEO Credit Suisse (Schweiz) AG

Podestplätze neu hart umkämpft

EINLEITUNG ___ Die Pandemie teilt sich im aktuellen Sorgenbarometer der Credit Suisse die Spitze mit zwei weiteren Sorgen. Zudem wirft der Sorgenbarometer ein Schlaglicht auf den Umgang mit Unsicherheiten, unterschiedliche Lebenswelten und das Verhältnis zur EU.

Von Manuel Rybach

Die Covid-19-Pandemie, welche letztes Jahr, wenig überraschend, direkt auf Platz 1 im Sorgenbarometer eingestiegen ist, muss sich die Spitze neu mit zwei weiteren Sorgen teilen: AHV/Altersvorsorge sowie Umweltschutz/Klimawandel. Ein bemerkenswerter Rückgang, ist die Pandemie doch noch nicht überstanden. Erklärt werden kann dies zum einen mit der Verfügbarkeit von Impfstoffen und den daraus resultierenden Lockerungen der Schutzmassnahmen. Zum anderen spielt wohl aber auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Resilienz der Schweiz und ihrer Akteure eine wichtige Rolle. Dies zeigt auch die Entwicklung der Sorge Arbeitslosigkeit, welche dieses Jahr auf einem historischen Tiefstand liegt.

Der diesjährige «Kompass für die Schweiz» wird neben dem traditionellen Teil, welcher die Sorgenlandschaft der Schweiz beschreibt, auf drei spezifische Themen eingehen. So wird der Frage nachgegangen, wie die hiesige Bevölkerung mit zunehmender Unsicherheit umgeht und wie sich dies auf das Vertrauen in die einzelnen Akteure auswirkt. Weiter werfen

wir einen Blick auf die unterschiedlichen Lebenswelten in der Schweiz. Der Stadt-Land-Graben, der Generationenkonflikt oder die Differenzen zwischen Sprachregionen werden aktuell intensiv diskutiert. Es stellt sich somit die Frage, sind wir wirklich so unterschiedlich oder doch häufig näher beisammen, als man denkt? Zudem gehen wir vertieft auf das Verhältnis zur EU und die ergebnislos beendeten Verhandlungen zum Rahmenabkommen ein. Wie beurteilt die Bevölkerung diesen Entscheid und wie soll es nun weitergehen?

Mit der vorliegenden Publikation möchten wir einen aktiven Beitrag zur politischen Meinungsbildung in unserem Heimmarkt leisten. In diesem Sinne möchten wir die Resultate des Sorgenbarometers mithilfe von Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einordnen. So hatten wir die Gelegenheit, den Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis zu den aktuellen Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer persönlich zu befragen. Wir haben mit ihm u. a. über die grössten Herausforderungen für die Schweiz, das weitere Vorgehen des Bundesrates bei den Beziehungen zur EU sowie die Rolle der Schweiz in einer sich verändernden und komplexeren Welt gesprochen.

Zudem beleuchten vier Gastbeiträge ausgewählte Sorgen der Schweizer Bevölkerung genauer und ordnen diese ein: Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP, ZH) zeigt beim Thema AHV/Altersvorsorge aktuelle Bestrebungen der Politik auf, die langjährige Reformblockade zu überwinden. Zur Sorge Umweltschutz/Klimawandel erklärt Thomas Vellacott, CEO WWF Schweiz, welche Massnahmen er nach Ablehnung der Revision des CO_2-Gesetzes von der Politik erwartet, um die notwendige Nachhaltigkeitswende zu schaffen. Zu den Beziehungen zur EU und die Zukunft der Bilateralen legt Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (Die Mitte, BL) dar, welche Gegebenheiten erfüllt sein müssen, damit der Bundesrat ein besseres Abkommen mit der EU verhandeln kann. Credit-Suisse-Ökonom Fredy Hasenmaile analysiert den deutlichen Anstieg der Sorge um erhöhte Wohnkosten sowie steigende Mietpreise. Zudem zeigt er auf, für welche Einkommensschicht diese Entwicklung besonders problematisch ist.

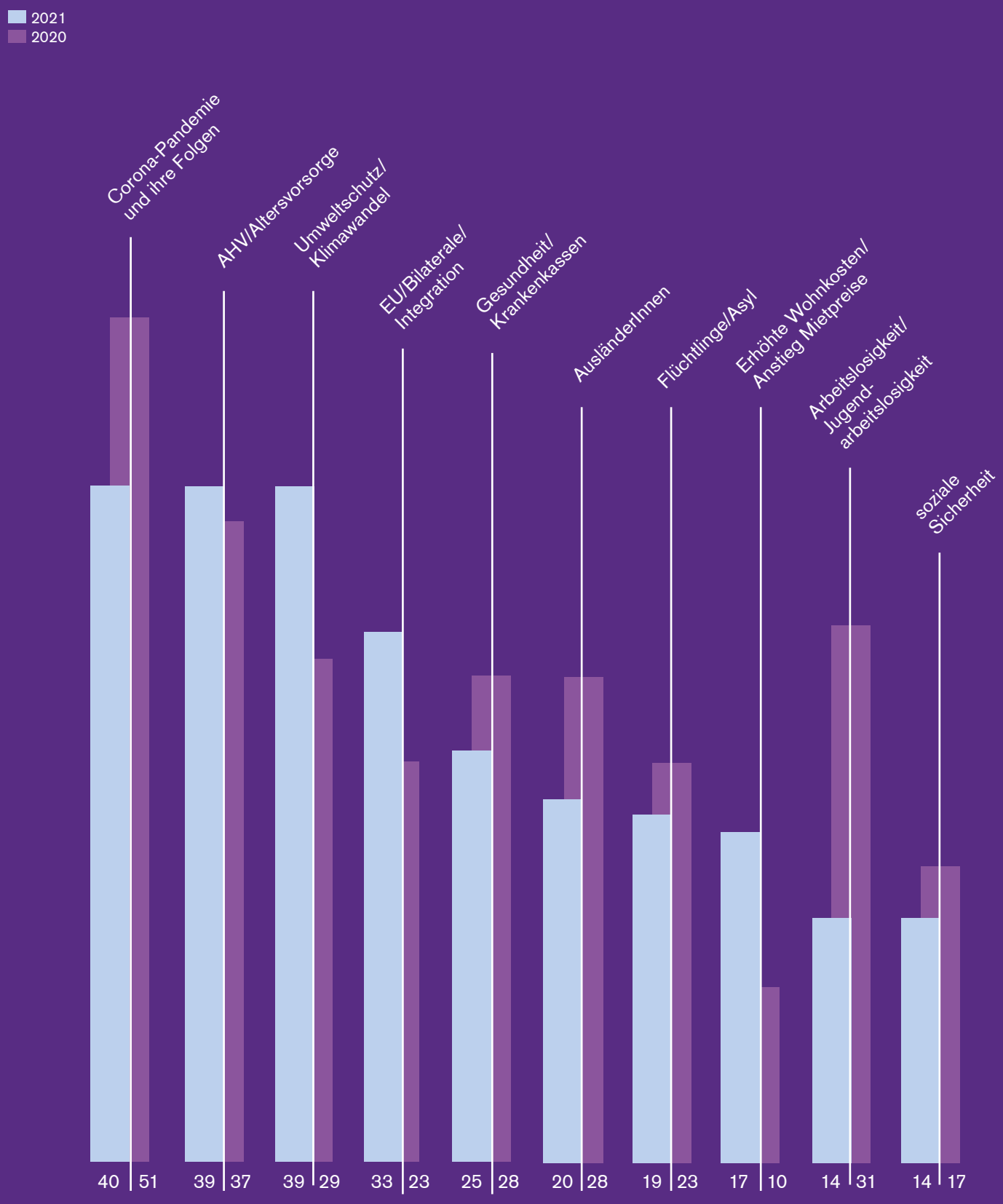
Das Sorgenbarometer der Credit Suisse bietet zusammen mit dem Jugendbarometer ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Informationssystem zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung. Es freut uns, unsere Erkenntnisse mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern zu teilen und eine anregende öffentliche Diskussion anzustossen.

DR. MANUEL RYBACH
ist Managing Director und Global Head of Public Policy and Regulatory Affairs der Credit Suisse. Er hat an der Universität St.Gallen (HSG) in Staatswissenschaften promoviert, wo er auch als Lehrbeauftragter tätig ist.

1 Top 20

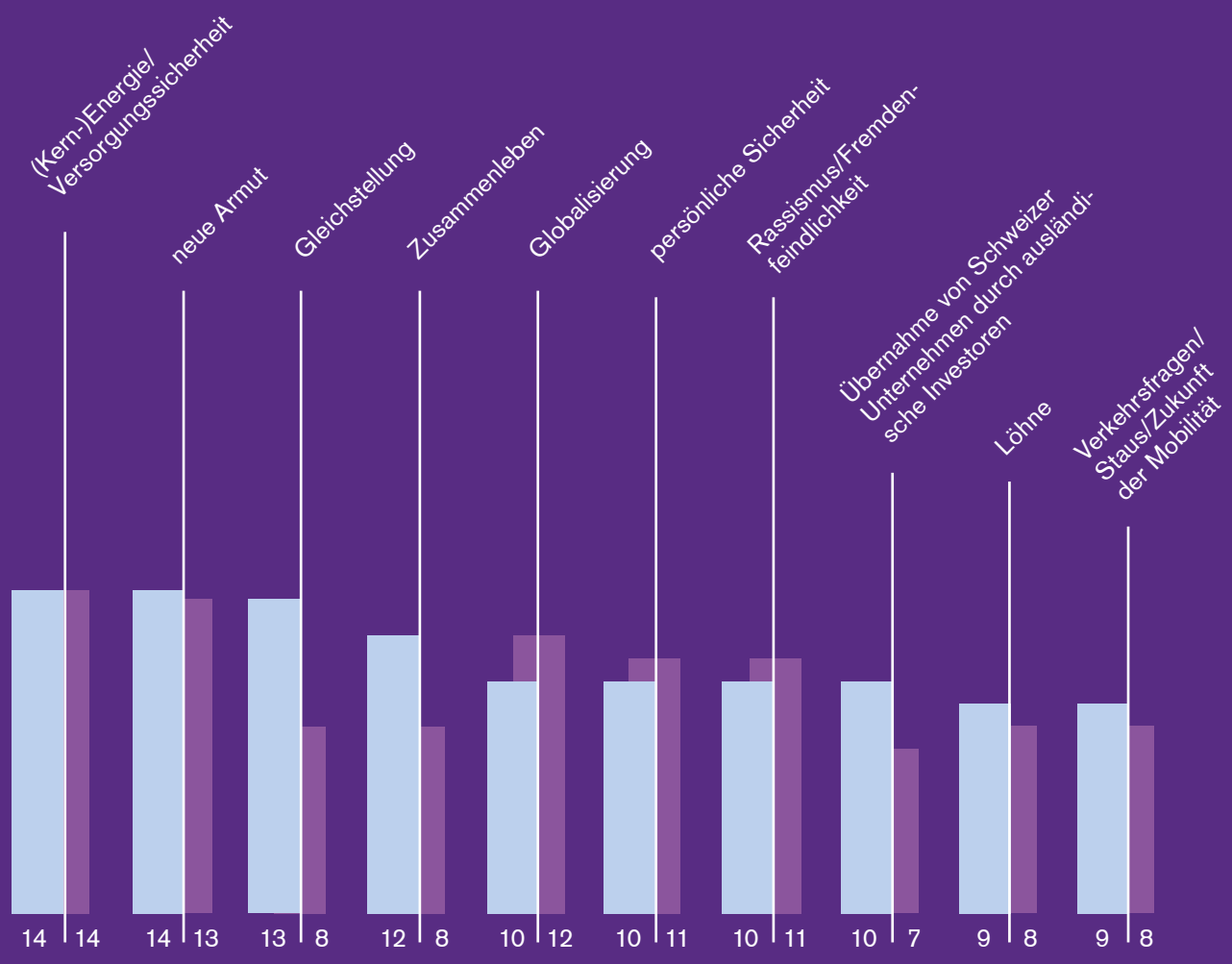
Pandemie

SORGEN «Welche fünf dieser Probleme sind aus Ihrer Sicht für die Schweiz die wichtigsten?» [in % gerundet]



nicht mehr alleinige Sorge

SORGEN ___ Zum zweiten Mal in Folge bezeichnen die Schweizerinnen und Schweizer die Corona-Pandemie als ihre Hauptsorge, doch praktisch im gleichen Atemzug nennen sie nun den Klimawandel und die Altersvorsorge.



Die Corona-Pandemie bleibt in der Schweiz das Gesprächs- und Medienthema Nummer eins. Doch die schnelle Entwicklung geeigneter Impfstoffe hat das Problem in den Augen der Schweizerinnen und Schweizer etwas entschärft. Statt einer Mehrheit (51%) wie im letzten Jahr, zählen nun noch 40 Prozent Corona zu den fünf Hauptsorgen. Trotzdem steht die Pandemie in der Rangliste des Sorgenbarometers weiterhin zuoberst. Sie hat zu einem Gefühl der Verletzlichkeit geführt und ist der wesentliche Faktor einer auch in der Schweiz um sich greifenden Verunsicherung (vgl. «Leben im Angesicht der Unsicherheit», S. 36).

Für jeweils 39 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind der Klimawandel (+10 Prozentpunkte, pp) und die Altersvorsorge (+2 pp) ebenfalls Hauptsorgen. An vierter Stelle folgt mit 33 Prozent (+10 pp) das Verhältnis zur EU (vgl. «Das verflixte 7. Jahr», S. 10).

Das dringendste Problem

Das CO_2-Gesetz ist zwar am 13. Juni knapp verworfen worden, nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die vorgesehene Klima-Abgabe auf Flugtickets, doch selbst die Gegner haben einen grossen Handlungsbedarf anerkannt. Bei der Frage nach den Hauptsorgen ohne Vorgabe möglicher Antworten liegt der Umweltschutz mit 51 Prozent und riesigem Vorsprung sogar an der Spitze (Altersvorsorge 33%), und für immerhin 18 Prozent ist der Klimawandel das Problem, welches die Schweiz an erster Stelle lösen muss (Altersvorsorge 12%).

Besonders sensibilisiert für den Umweltschutz zeigen sich die Bevölkerungsgruppen mit folgenden Charakteristika: Linke 66%, Einkommen über 9000 Franken 50%, hohe Schulbildung 49%, Junge / hohes Vertrauen in die Politik / Einkommen zwischen 7000 und 9000 Franken je 45%. Demgegenüber sind besonders tiefe Werte bei jenen auszumachen, die sich als Rechtsstehende oder Bewahrende einstufen oder eine tiefe Schulbildung genossen haben (20–21%). Etwas höher liegen die Zahlen bei den Pensionierten (31%) und den Französischsprechenden (32%), während beispielswei-

Foto: Sally Montana / 13 Photo

Die Folgen der Klimaveränderung werden immer sichtbarer – und zwingen zum Handeln.

se die Frauen (40%) und Männer (38%) nur minim vom Durchschnittswert abweichen.

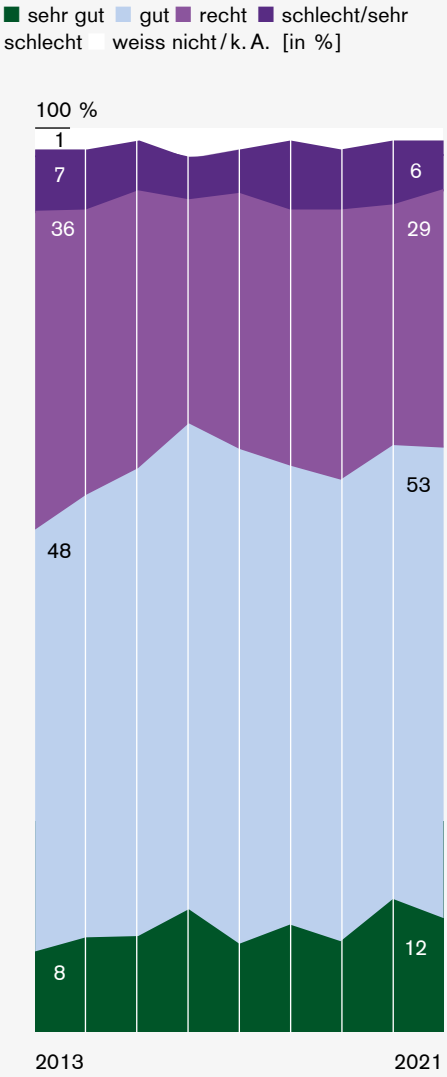
60 Prozent der Befragten fordern, dass die Schweiz in der Klimapolitik weltweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Gleichzeitig stellen 51 Prozent ernüchtert fest, die aktuelle Klimapolitik sei ein Beispiel dafür, dass die Schweiz keine Lösungen mehr finde. Für genau 50 Prozent gibt es wichtigere Themen als die Klimapolitik, doch fast gleich viele, nämlich 48 Prozent, sind mit einer solchen Aussage nicht einverstanden. Zur Langzeitentwicklung der Sorge um die Umwelt **[vgl. Grafik ●3]**.

Vorsorgen für das Alter

Die auf den 1. Januar 1948 eingeführte Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ist eine bald 75 Jahre andauernde Erfolgsgeschichte, auch wenn aufgrund der deutlich angestiegenen Lebenserwartung immer wieder um die Finanzierung gerungen werden muss. Die 2019 beschlossene jährliche Einlage von zwei Milliarden Franken in die

2 Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

TRENDWENDE zur Frage «Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?»



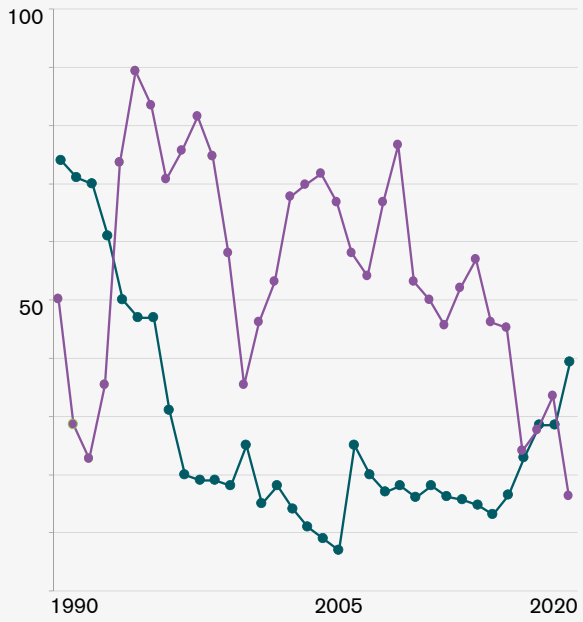
39 %

sorgen sich nach wie vor um die Altersvorsorge.

3 Umweltschutz/Arbeitsplatz

TRENDWENDE Erstmals seit über 25 Jahren sorgen sich mehr Schweizerinnen und Schweizer um eine intakte Umwelt als um ihren Arbeitsplatz respektive die Arbeitslosigkeit als Problem unserer Gesellschaft.

● Umweltschutz/Klimawandel [in %]
● Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit [in %]



AHV hat zu einer spürbaren Beruhigung (–10 pp) geführt. Doch nun erfolgt bereits wieder eine leichte Korrektur (+2 pp), weil das Problem nur vorübergehend gelöst ist (vgl. dazu auch unseren Gastkommentar von Nationalrat Andri Silberschmidt, «AHV: weiterhin ein Topthema», S. 26 f.).

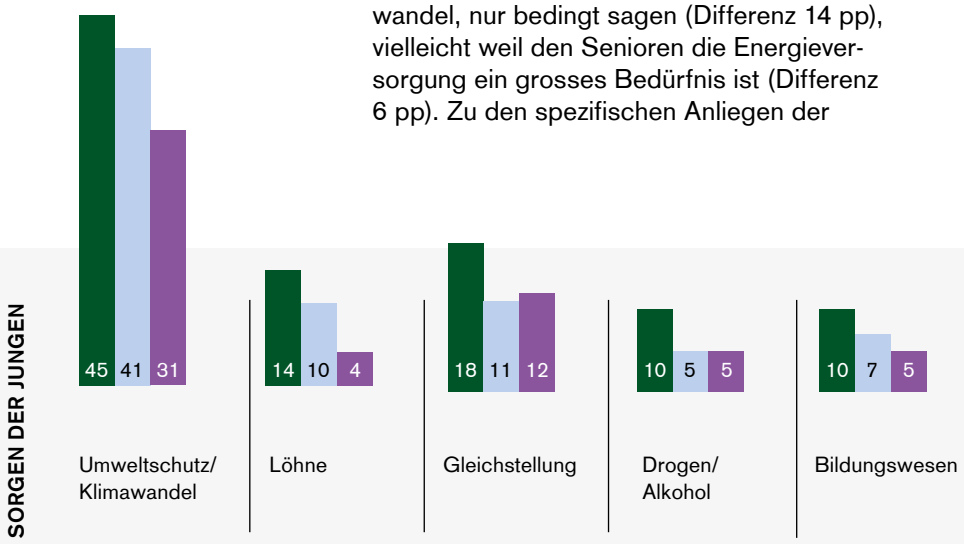
Frappant ist in dieser Frage der Unterschied in den beiden grossen Sprachregionen: Während die Altersvorsorge in der Deutschschweiz ein grosses Thema ist (42%), ist dies in der französischsprachigen Schweiz (27%) weitaus weniger der Fall, vielleicht weil hier brennende aktuelle Probleme den Blick in die Zukunft erschweren (vgl. Artikel «Lebenswelten in der Schweiz», S. 16).

Mit der Altersvorsorge beschäftigen sich vor allem die 40–64-Jährigen (41%), vermutlich wegen der auf sie zukommenden Erhöhung des Rentenalters. Viele Rentnerinnen und Rentner (40%) mögen wohl eine Kürzung der AHV-Leistungen befürchten, auf die sie weit mehr angewiesen sind als die in Bezug auf die AHV sorgloseren Jungen (35%), für welche die zweite und die dritte Säule besser zum Tragen kommen als bei den Seniorinnen und Senioren.

Bei dieser Hauptsorge der älteren Schweizerinnen und Schweizer ist die Solidarität unter den Generationen noch nicht akut gefährdet (Differenz 5 pp). Dies kann man bei der eindeutigen Hauptsorge der Jungen, dem Umweltschutz/Klimawandel, nur bedingt sagen (Differenz 14 pp), vielleicht weil den Senioren die Energieversorgung ein grosses Bedürfnis ist (Differenz 6 pp). Zu den spezifischen Anliegen der

4 Sorgen nach Alter

Differenz mind. 5% ■ 18 – 39 Jahre ■ 40 – 64 Jahre ■ 65+ Jahre [in %]



Älteren gehören auch das Verhältnis zu den Ausländerinnen und Ausländern (23%, Differenz 5 pp) sowie die Landwirtschaft (10%, Differenz 5 pp). Umgekehrt sind die Gleichstellung (18%, Differenz 7 pp) und die Löhne (14%, Differenz 10 pp) zwei Problemkreise, welche vor allem die Jungen beschäftigen **[vgl. Grafik ●4]**.

Wenig(er) Angst um den Arbeitsplatz
In der ewigen Sorgenrangliste der Schweiz belegt die Arbeitslosigkeit unangefochten den Spitzenplatz, doch in den letzten vier Jahren hat sie ihren Status als Schreckgespenst weitgehend verloren. Nur noch 14 Prozent (–17 pp) erachten die Arbeitslosigkeit als Problem.

Dazu passt, dass 65% der Befragten wie im Vorjahr ihre persönliche wirtschaftliche Situation als gut oder sehr gut bezeichnen. in den letzten 25 Jahren sind es nur 2016 (68%) mehr gewesen. Sogar 87 Prozent (+6 pp) gehen davon aus, dass es ihnen 2022 mindestens gleich gut gehen wird (vgl. Grafik 2 sowie S. 38, Grafik 1).

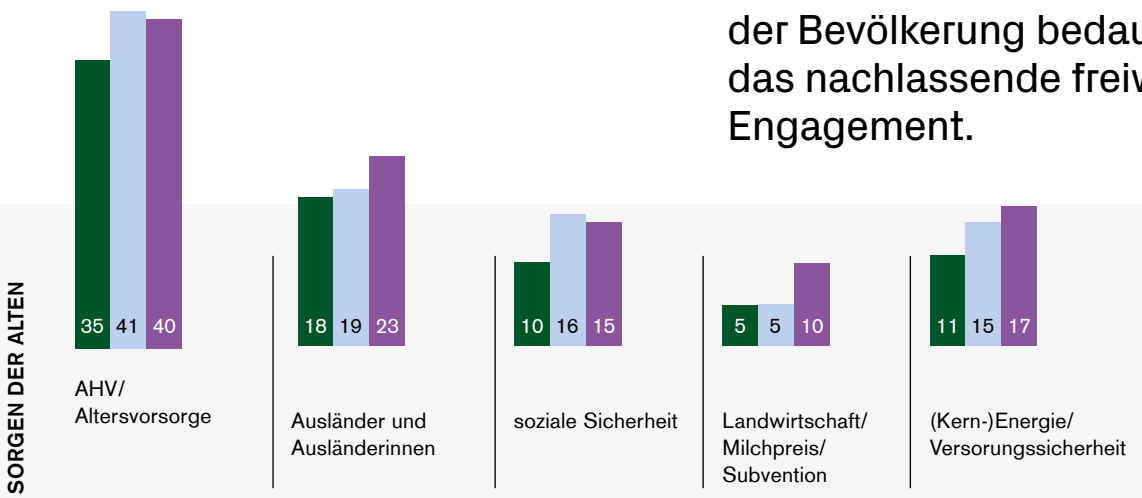
Überdurchschnittlich hoch ist die Angst vor der Arbeitslosigkeit bei den Französisch- und Italienischsprachigen (21 resp. 29%), zudem bei Personen mit tiefer Schulbildung (22%), ohne Parteibindung (21%), mit einem Einkommen zwischen 3000 und 5000 Franken (19%) sowie bei Mitgliedern und Sympathisanten der SVP (19%). Umgekehrt ist die Arbeitslosigkeit bei den Grünen (4%) und Grünliberalen (5%) kaum ein Thema.

Engagement und Solidarität beachten
Als grösste Gefahr für die schweizerische Identität erachten die Befragten das sinkende freiwillige Engagement (80%), die nachlassende Fähigkeit der Politik, Lösungen zu finden (73%), die zurückgehende Solidarität der Generationen (66%) sowie die Polarisierung (65%) und der Reformstau (64%).

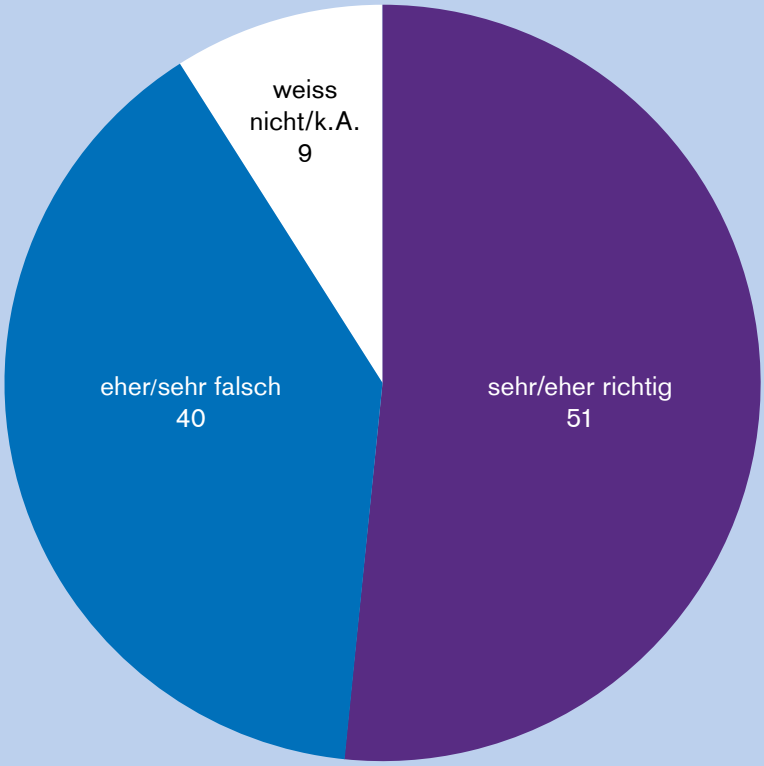
Um die anstehenden politischen Probleme zu lösen, müssen nach Ansicht der Befragten das Parlament mehr Kompromisse suchen (81%), der Bundesrat seine Führungsrolle noch besser wahrnehmen (75%), internationale Lösungen gesucht (71%) und der Wirtschaft mehr Freiraum gewährt (63%) werden. Gleichzeitig ist die Bevölkerung überzeugt, dass die Schweiz unter Druck zusammensteht und Lösungen findet (70%) und viele politische Konflikte im Alltag eigentlich unwichtig sind (64%).

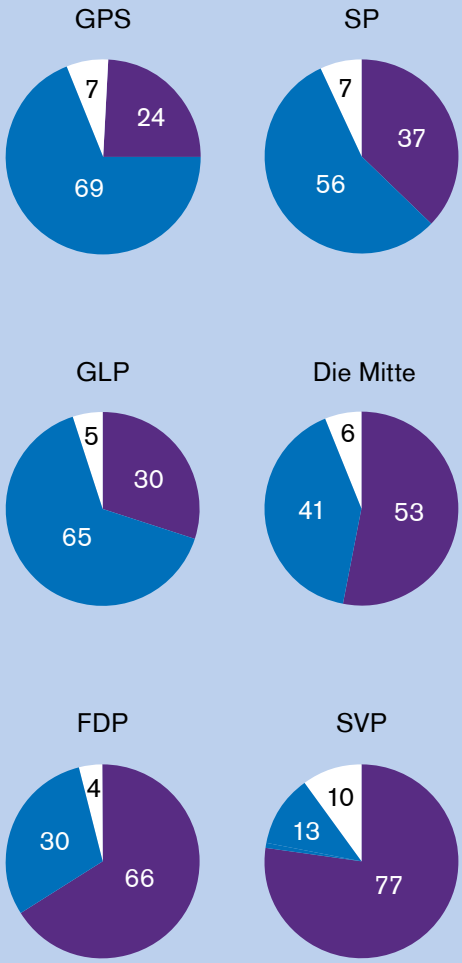
80%

der Bevölkerung bedauern das nachlassende freiwillige Engagement.



Das verflixte siebte Jahr





1 Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen

RÜCKENDECKUNG Antworten der Bevölkerung und der Parteisympathisanten auf die Frage: «Im Mai 2021 hat der Bundesrat beschlossen, die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen abzubrechen. War dieser Entscheid in Ihren Augen sehr richtig, eher richtig, eher falsch oder sehr falsch?»

■ sehr/eher richtig □ weiss nicht / k. A.
■ eher/sehr falsch [in %]

EUROPA ___ Im Mai 2021 erklärte der Bundesrat die ins Jahr 2014 zurückgehenden Gespräche über ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU einseitig als beendet. Wie beurteilt die Bevölkerung diesen Entscheid? Und wie soll es nun weitergehen?

Das Image der Schweiz im Ausland könnte kaum besser sein. Dies besagt jedenfalls die Selbsteinschätzung der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer. Nicht weniger als 90 Prozent der Bevölkerung stuft unser Image im Ausland als eher/sehr gut ein. Nur zweimal seit 2009 hat die Sorgenbarometerumfrage leicht höhere Werte ergeben. 35 Prozent (–1 pp) sind explizit der Meinung, das Image habe sich in den letzten zwölf Monaten eher/viel verbessert. Die grosse Mehrheit glaubt demnach nicht an tiefgreifende Ressentiments gegenüber der Schweiz wegen des abrupten Abbruchs der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen. Wie in den beiden Vorjahren erachten lediglich sieben Prozent der Befragten das Image der Schweiz als eher schlecht. Allerdings glauben doch 27 Prozent (+7 pp), das Image habe sich zuletzt verschlechtert.

Knappe Mehrheit heisst Abbruch gut

Konkret auf den Verhandlungsabbruch bezogen, fällt die Beurteilung weniger eindeutig aus, sie kann aber doch als Rückendeckung für die schweizerische Aussenpolitik interpretiert werden. Einer Mehrheit von 51 Prozent, für welche der Entscheid sehr richtig (21%) oder eher richtig (30%) ist, steht eine Minderheit von 40 Prozent gegenüber, welche das Vorgehen des Bundesrats als sehr falsch (16%) oder eher falsch (24%) bezeichnet **[vgl. Grafik ●1]**.

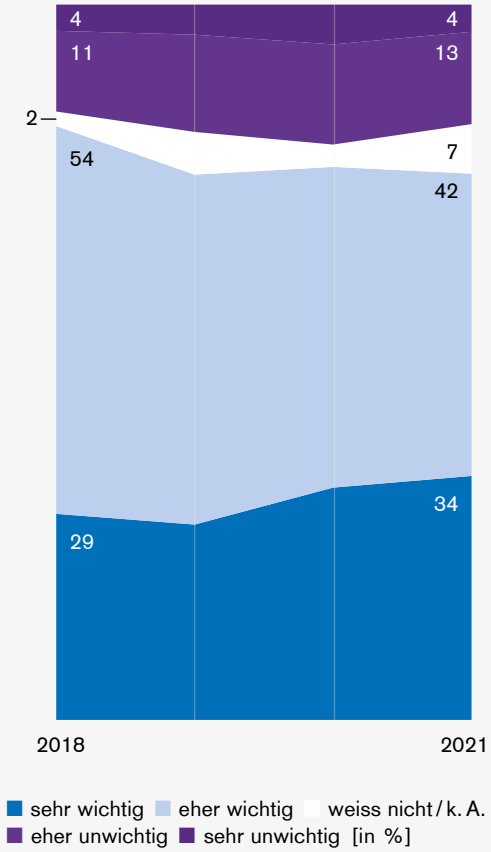
Mit Blick auf die politischen Parteien ist die Zustimmung bei den Wählern und Sympathisanten von SVP (77%) und FDP (66%) genau so klar wie die Ablehnung bei den Grünen (69%), den Grünliberalen (65%) und bei der SP (56%). Die Anfang 2021 entstandene Mitte-Partei steht in dieser Frage tatsächlich mitten zwischen den Lagern: Mit 53 Prozent Zustimmung und 41 Prozent Ablehnung übertrifft sie hinsichtlich beider Haltungen den nationalen Durchschnitt, was aufgrund der geringen Anzahl Unentschlossener möglich ist **[vgl. Grafik ●1]**. →

35 %

gehen davon aus, dass sich das Image der Schweiz im Ausland verbessert hat.

2 Bedeutung der Beziehung Schweiz – EU

PARTNERSCHAFT PFLEGEN «Wie wichtig sind Ihnen stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU?»



Grenzen können trennen und verbinden. Mit den europäischen Partnern soll man hart verhandeln und ihnen trotzdem vertrauen können.

Auch in Bezug auf Schulbildung und Einkommen zeichnet das Sorgenbarometer ein klares Bild: Je höher die Schulbildung und je höher das Einkommen, desto grösser ist die Skepsis gegenüber dem Verhandlungsabbruch. Beispielsweise beurteilen 44 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer mit einem monatlichen Einkommen zwischen 7000 und 9000 den Verhandlungsabbruch negativ; bei den Einkommen über 9000 Franken sind es sogar 47 Prozent, mehr als die Gruppe mit einer positiven Einschätzung (45%).

Männer stimmen dem Verhandlungsabbruch eher zu als Frauen, Ältere eher als Junge, doch sind die Unterschiede in diesen Bevölkerungsgruppen nicht ausgeprägt.

Der Verhandlungsabbruch hat zwar innen- und aussenpolitischen Mut erfordert, trotzdem wird er von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern nicht als Akt der Offensive eingestuft: 66 Prozent (–3 pp) der Stimmbürger taxieren die Schweizer Aussenpolitik als eher oder sehr defensiv, wobei sich dies natürlich nicht nur auf die Verhandlungen mit der EU bezieht. Dementsprechend haben nur 25 Prozent (+4 pp) in letzter Zeit ein offensives Verhalten feststellen können. Und obwohl die Schweizer Haltung in Brüssel keineswegs mit Euphorie zur Kenntnis genommen wird, raten lediglich 14 Prozent (–3 pp) zu mehr Vorsicht. Im Gegenteil, generell wünschen sich 75 Prozent (+2 pp) der Schweizerinnen und Schweizer eine offensivere Aussenpolitik. In den letzten zwölf Jahren ergab die Sorgenbarometerumfrage diesbezüglich nur 2014 einen höheren Wert.

75 %

der stimmberechtigen Bevölkerung wünschen sich eine offensivere Aussenpolitik.

Stabile Beziehungen anstreben

Der Abbruch der Verhandlungen auf der Basis des Vertragsentwurfs von 2018 hat an der Grundkonstellation nichts verändert: 76 Prozent (–1 pp) erachten eine stabile Beziehung der Schweiz zur EU als eher oder sehr wichtig **[vgl. Grafik ●2]**. →

Foto: Roland Schmid / 13 Photo

47 %

der Schweizerinnen und Schweizer sprechen Österreich ihr Vertrauen aus.

Bei der Aufzählung der Hauptsorgen landet das Verhältnis zur Europäischen Union dieses Jahr stets auf dem vierten Platz. Dies ist der Fall, wenn man fünf Sorgen spontan benennt (22%), aber auch, wenn aus einer Anzahl vorgegebener Problemfelder auszuwählen ist (33%) oder wenn es um das dringendste Problem geht (6%).

Dabei geht es keineswegs nur um die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz, denn 64 Prozent der Bevölkerung sind zuversichtlich, dass die Schweiz die aktuelle Beziehungskrise zur EU unbeschadet überstehen wird. Und genau 50 Prozent (–3 pp) der Befragten sind nach wie vor überzeugt, dass ein verschlechterter Marktzugang zur EU in anderen Weltregionen kompensiert werden kann. Tatsächlich geht es im Verhältnis zur EU auch um die guten Beziehungen zu den Nachbarn. In einer im Rahmen des Sorgenbarometers erstmals gestellten Vertrauensfrage stehen Österreich (47%) und Deutschland (40%) zuoberst in der Rangliste. Mit etwas

Die Schweizerinnen und Schweizer sind überzeugt, dass ein verschlechterter Marktzugang zur EU in anderen Weltregionen kompensiert werden kann, und doch bleibt für sie die Beziehung zur EU sehr wichtig.

Abstand folgen Frankreich und Italien (je 23%) sowie die EU als Ganzes (22%)

Besseres Rahmenabkommen aushandeln
Das Ziel der nächsten Gesprächsrunde mit der EU ist für die Bevölkerung klar: Das Institutionelle Rahmenabkommen muss erneut auf den Tisch kommen. Dabei soll jedoch die Schweiz ihre Trümpfe selbstbewusst auf die Waagschale legen. Bei sieben zur Auswahl stehenden Optionen bezeichnen 33 Prozent das Institutionelle Rahmenabkommen als bevorzugte Variante **[vgl. Grafik ●3]**. Nimmt man die ersten drei Ränge zusammen, votieren sogar drei Viertel der Schweizer (74%) für diese Lösung.

Denkbar wären für eine Mehrheit auch die Fortführung der Bilateralen Verträge ohne Weiterentwicklung (63%) oder der Beitritt zum EWR (52%), dem heute Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein aus dem Kreis der EFTA-Staaten angehören. Endgültig aus Rang und Traktanden gefallen sind der Beitritt zur EU (20%) sowie der Alleingang unter Kündigung der Bilateralen Verträge (22%).

Zu diesem Thema äussert sich auch Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter als Gastautorin im Beitrag «Vertrauen sichert den bilateralen Weg» (S. 31 f.).

3 Zukünftiges Verhältnis zwischen Schweiz und EU

BEKENNTNIS ZU RAHMENABKOMMEN «Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU aussehen? Bitte bringen Sie die verschiedenen Möglichkeiten in eine Rangfolge entsprechend Ihrer persönlichen Präferenzen. Rang 1 entspricht dem,was Sie am liebsten möchten, Rang 7 dem, was Sie am wenigsten möchten.»
■ 1. Rang (am liebsten), 2, 3 ■ Rang 4, 5, 6
■ 7. Rang (am wenigsten) [in %]

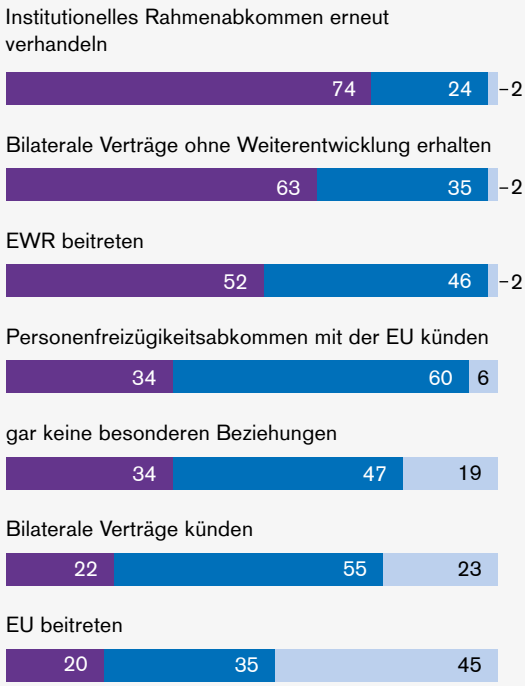


Foto: iStock

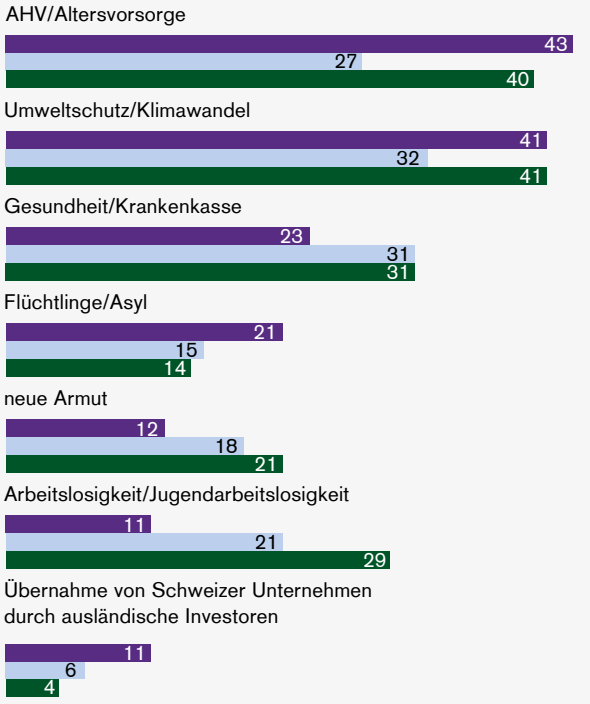
BRÜCKEN BAUEN ___ Der Stadt-Land-Graben, der Generationenkonflikt oder Differenzen zwischen Sprachregionen werden zuweilen politisch und medial stark diskutiert. Die Stimmbevölkerung besinnt sich aber solidarisch auch auf Gemeinsamkeiten.

Lebenswelten in der Schweiz

Trotz teilweise unterschiedlicher Sicht auf die Probleme des Landes ist der Stolz, Schweizerin oder Schweizer zu sein, unverändert hoch.

1 Sorgen der Sprachregionen

RÖSTI UND POLENTA Die Hauptsorgen werden in den verschiedenen Sprachregionen recht unterschiedlich gewichtet. Es gilt, die Sorgen der anderen Landesteile ernst zu nehmen. Ein Graben aber besteht (noch) nicht.
■ Deutsche Schweiz ■ Französische Schweiz ■ Italienische Schweiz [in %; Die Werte für das Tessin verfügen aufgrund der geringen Fallzahlen über einen grösseren Stichprobenfehler.]



Individualisierung der Gesellschaft
Mit dem zunehmenden Wohlstand der Gesellschaft, der Steigerung des Bildungsniveaus und der Verkürzung der Arbeitszeiten geht häufig auch eine Individualisierung der Lebensführung einher. Diese Trends lassen sich auch in der Schweiz beobachten. Und wo Lebensstile diverser werden, findet auch eine Pluralisierung der Lebenswelten statt. In der Regel existieren diese verschiedenen Lebenswelten friedlich nebeneinander und sind Ausdruck von immer breiter verfügbaren Chancen und Möglichkeiten. In Kombination mit gesellschaftlichen Megatrends wie der politischen Polarisierung, der Fragmentierung des Mediensystems oder auch mit aktuellen Ereignissen wie der Corona-Krise, besteht aber auch eine gewisse Gefahr von sich vertiefenden Gräben zwischen den verschiedenen Lebenswelten. Denn Individualisierung bedeutet auch Abgrenzung.

Kaum eine politische Entwicklung hat in den vergangenen Jahren für mehr Zündstoff gesorgt als der Stadt-Land-Graben. Eine Auswertung aller nationalen Abstimmungen seit den 1980er-Jahren zeigt aber, dass der Unterschied im Stimmverhalten zwischen städtischen und ländlichen Regionen im Durchschnitt gar nicht so gross ist, wie das häufig den Anschein erweckt: Über alle rund 350 Vorlagen der letzten 30 Jahre sind es durchschnittlich rund 8 Prozent Unterschied pro Vorlage. Hinzu kommt, dass lediglich 20 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz effektiv auf dem Land wohnen. Von den restlichen 80 Prozent lebt die Mehrheit in Agglomerationen, die effektiv eine Art Bindeglied zwischen den Kernstädten und dem Land darstellen. Da also die meisten gar nicht klar «auf dem Land» oder «in der Stadt» wohnen, sondern irgendwo dazwischen, sind es vielmehr gewisse Themen, die diesen Stadt-Land-Graben hervorheben.

So zeigt das Credit Suisse Sorgenbarometer unterschiedliche Sorgenwahrnehmungen je nach Siedlungsart: Je ländlicher jemand lebt, desto grösser ist beispielsweise die Sorge um die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Ähnlich gestaltet es sich auch bei der Frage der Löhne oder →

Foto: Lea Meienberg / 13 Photo

der Teuerung, die auf dem Land rund doppelt so vielen Sorgen bereiten, als dies in der Stadt (oder auch in der Agglomeration) der Fall ist. Im urbanen Raum ist dagegen die Sorge um den Klimawandel ausgeprägter als auf dem Land und insbesondere in der Agglomeration. Während die Klimasorge in den Städten insbesondere auch durch das dort stark vorhandene linksliberale Milieu ausgeprägt sein dürfte, ist es auf dem Land die Nähe zur Natur, die das Thema stärker befeuert als in der Agglomeration, die strukturell zwischen diesen beiden Lebenswelten steckt. Ein Aspekt, bei der die Wahrnehmung zwischen Stadt und Land auffallend divergiert, ist die generelle Entwicklung der Schweizer Demokratie. Während sich in den Städten neun Prozent um die Schwächen der direkten Demokratie sorgen, sind es auf dem Land lediglich vier Prozent. Ebenfalls ist der Anteil Personen, der in der politischen Polarisierung, dem zunehmenden Reformstau oder der sinkenden Fähigkeit der Politik für tragfähige Lösungen eine Gefährdung der nationalen Identität sehen, in den Städten höher als auf dem Land. Auf dem Land ist dagegen der Anteil Personen, der eine sehr grosse Gefahr für die Identität aufgrund des Stadt-Land-Grabens ausmacht, deutlich höher (23%) als in der Stadt (13%).

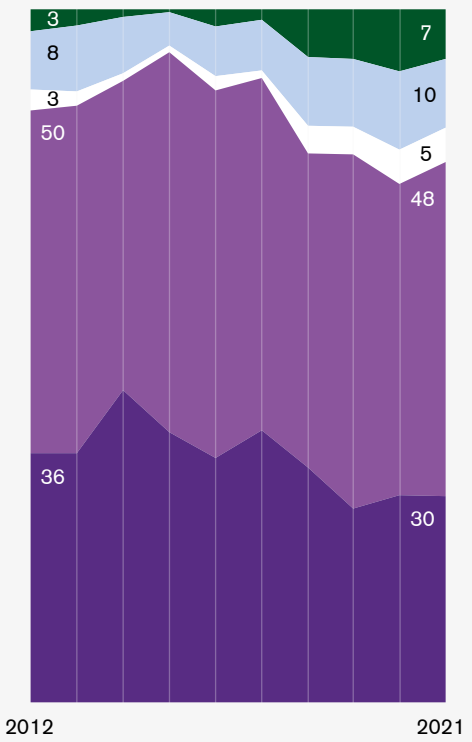
70 %

der Stimmberechtigten sind der Meinung, man sei in dieser schwierigen Zeit solidarisch zusammengestanden.

2 Stolz Schweizer/ Schweizerin zu sein

NATIONALSTOLZ 78 Prozent der Bevölkerung – etwas mehr als im Vorjahr – sind stolz darauf, Schweizerinnen beziehungsweise Schweizer zu sein.

■ sehr stolz ■ eher stolz ■ weiss nicht/k.A
■ eher nicht stolz ■ überhaupt nicht stolz [in %]

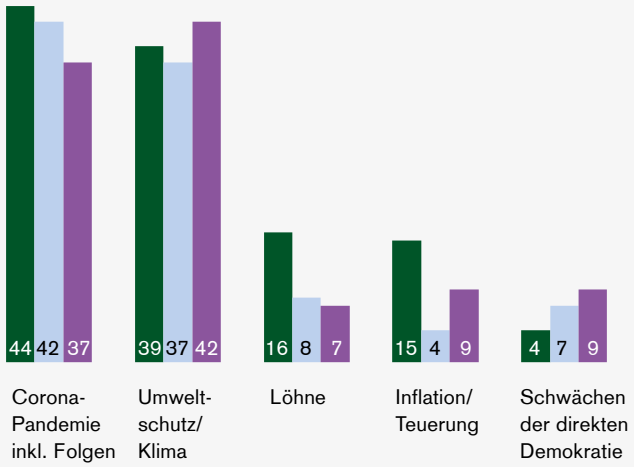


Unterschiedliche Prioritäten zwischen Deutschschweiz, Romandie und Tessin
Während der sogenannte Röstigraben etwas an Sprengkraft verliert, werden in den drei Sprachregionen der Schweiz dennoch unterschiedliche Prioritäten gesetzt. In der Deutschschweiz fällt auf, dass die Klimafrage, die Altersvorsorge, die Beziehungen zur EU, die Migrationsthematik oder auch soziale Fragen stärker im Fokus der Sorgenwahrnehmung der Leute sind, als dies in den restlichen Sprachregionen der Fall ist. Das Unbehagen über die Übernahme von Schweizer Unternehmen durch ausländische Investoren ist in der Deutschschweiz zudem deutlich ausgeprägter als sonst in der Schweiz.

In der französischsprachigen Schweiz ist die Sorge um die Beziehungen zur EU ähnlich ausgeprägt wie in der Deutschschweiz.

3 Sorgen in Stadt und Land

ERSTE RISSE Der Stadt-Land-Graben wird als Gefahr für die Identität der Schweiz ernstgenommen. Allerdings sind im Moment immer noch nur wenige Hauptsorgen mit Unterschieden von mehr als fünf Prozentpunkten auszumachen.
■ ländlich ■ kleinere/mittlere Agglomerationen ■ grosse Agglomerationen [in %]



Mit Bezug auf die Wahrnehmung der Kosten im Gesundheitswesen ist man dagegen näher bei der italienischen Schweiz.

Südlich der Alpen schliesslich präsentiert sich die Landschaft der Sorgen noch einmal etwas anders: Bei wirtschaftlichen Fragen wie Arbeitslosigkeit, neue Armut oder Einkommen sind die Sorgen deutlich ausgeprägter als in der Deutschschweiz, jedoch auch im Vergleich zur Romandie. Zudem werden Sicherheitsaspekte, zum Beispiel in Bezug auf die Versorgung oder die Terrorismusgefahr, stärker gewichtet als in den anderen Sprachregionen. Ausgeprägt sind auch die Sorgen mit dem aktuellen Verkehr (Stau) beziehungsweise der Blick auf die Zukunft der Mobilität. Diese Region weist ja nicht nur einen regen Grenzverkehr mit Italien auf, sondern ist auch ein Tourismus-Hotspot der Schweiz. Die bringt neben postiven wirtschaftlichen Aspekten eben auch einen starken Binnenverkehr.

Die Generation als Lebenswelt

Nicht nur die städtische oder ländliche Umgebung oder die Sprachregion, auch das Alter einer Person verändert die Prioritäten: Die Generationensolidarität respektive der -konflikt wurde nicht nur im Zusammenhang mit der Sanierung der AHV, einer der grössten politischen Reformbaustellen unserer Zeit, sondern auch in der Zeit der Corona-Pandemie wiederholt zum Thema. Im Kompass-Abschnitt zur Sorgenwahrnehmung wird ersichtlich, dass bei Jungen weltweite Trendthemen wie Klimaschutz oder Gleichstellung die Prioritäten prägen (vgl. S. 8, Grafik 4). Ältere Personen sind in ihrer Sorgenwahrnehmung hingegen weniger postmaterialistisch und gewichten beispielsweise Sicherheitsaspekte höher.

Gerade die Corona-Krise hat bei vielen, aller Unterschiede in den Lebenswelten zum Trotze, aber auch wieder ein relativ grosses Empfinden der Solidarität und einen Anstieg im Stolz auf das eigene Land ausgelöst. Rund 70 Prozent sind der Meinung, man sei in dieser schwierigen Zeit solidarisch zusammengestanden, habe sich gegenseitig unterstützt. Und weitere 64 Prozent finden, dass die Krise vor Augen führe, dass viele politische Konflikte im Alltag eigentlich unwichtig seien. Nachdem der Stolz, Schweizerin oder Schweizer zu sein, in den letzten Jahren etwas gelitten hat, ist dieses Jahr nun wieder ein Anstieg zu beobachten.

IGNAZIO CASSIS ist seit dem 1. November 2017 Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Zuvor wirkte er unter anderem als Tessiner Kantonsarzt (1996–2008). Vor seiner unbestrittenen Wahl in den Bundesrat – 18 Jahre nach dem Rücktritt von Flavio Cotti, dem letzten Bundesrat aus dem Tessin – sammelte er auf allen Ebenen politische Erfahrung, seit 2007 als Nationalrat.

Foto: Salvatore Vinci / 13 Photo

«Die Schweiz kann eine Rolle als geopolitischer Mediator spielen»

INTERVIEW ___ Er wünscht sich einen positiven Dialog mit der EU und glaubt an die Chance der Schweiz als «honest broker». Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, nimmt zu allen Hauptsorgen der Schweiz kompetent und pointiert Stellung.

Interview: Manuel Rybach

Herr Bundesrat, im Gegensatz zum letzten Jahr gibt es keine Top-Sorge, welche alleine hervorsticht. Dieses Jahr liegen gleich drei Sorgen fast gleichauf: Die Corona-Pandemie und ihre Folgen, Umweltschutz/Klimawandel sowie AHV/Altersvorsorge. Hätten Sie das erwartet?

Das überrascht mich nicht. Es sind Themen, die die Bürgerinnen und Bürger direkt betreffen und einen Einfluss auf ihren Alltag haben. Sorgen sind zudem immer auch stark mit der medialen Berichterstattung verknüpft, und das sind die drei Themen, welche zurzeit omnipräsent sind. Die einzige Überraschung für mich ist, dass ein viertes Thema nicht auftaucht: die Digitalisierung. Hier findet aktuell eine wahre Revolution statt.

Welches sind aus Ihrer Sicht die grössten Herausforderungen für die Schweiz?

Eine grosse Herausforderung für die Schweiz ist sicher die Abkehr von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien. Das Klima und die Umwelt werden uns weiterhin beschäftigen. Zudem ist auch die →

Altersvorsorge ein Thema, das uns schon lange begleitet. In der Schweiz war es in den letzten zwanzig Jahren unmöglich, nötige Reformschritte mehrheitsfähig zu machen. Auch andere europäische Länder tun sich schwer damit. In vielen Ländern wurde das Rentenalter angehoben, zum Teil mit langen Übergangsregeln. In der Schweiz ist es noch nicht gelungen, einen Schritt vorwärts zu kommen. Aber die Demografie ist ein Fakt, sie ist nicht eine Meinung. Zahlen und Fakten zeigen, dass der Anteil der Bevölkerung, die ins Rentenalter kommt, steigt. Es ist die Babyboomer-Generation, meine Generation. Wir sind mit einem sehr schwierigen Problem zwischen den Generationen konfrontiert. Und natürlich bleiben auch unsere Beziehungen mit der EU ein zentrales Thema.

Der von Ihnen angesprochene Reformstau im Vorsorgesystem hinterlässt Spuren. So befindet sich die AHV/Altersvorsorge seit einigen Jahren immer in den Top 3 der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Wie können hier effektive und mehrheitsfähige Reformen gelingen?

Der Grund, wieso es bisher nicht gelungen ist, einen gesellschaftlichen Konsens zu finden, liegt wahrscheinlich auch an meiner Generation. Sie hat ein ganzes Leben lang gearbeitet und deshalb auch hohe Erwartungen an das System. Dennoch braucht es ein Gleichgewicht zwischen Jung und Alt. Die Anspruchshaltung der älteren Generation ist zwar verständlich, sie trägt aber der demografischen Entwicklung sowie den tiefen Zinsen an den Finanzmärkten, die daher als «Drittzahler» weniger beitragen können, nicht genügend Rechnung. Vielleicht kann die Blockade in der Politik erst durch eine Volksinitiative gelöst werden. Es sind zurzeit zwei in der Pipeline, darunter eine der Jungfreisinnigen, welche das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln will. Dies zeigt: Wenn die Jungen selber zum Instrument der Volksinitiative greifen, dann ist die Sorge gross.

Genau, es wurde schon oft gesagt es bräuchte eine Greta Thunberg für dieses Thema.

Wahrscheinlich kommen jetzt viele Greta Thunbergs aus unterschiedlichen Parteien (lacht). Aber die Jungen machen sich zu Recht grosse Sorgen über ihre Altersvorsorge. Man sagt ja, man sollte auch in der Vorsorge nachhaltig sein. Und wir dürfen nicht mit den Kreditkarten unserer Kinder leben. Aber das tun wir zurzeit.

Trotz der Ablehnung des CO_2-Gesetzes im letzten Sommer hat die Sorge Umweltschutz/Klimawandel mit 11 Prozentpunkten die grösste Zunahme in diesem Jahr erfahren. Wie interpretieren Sie dieses Resultat?

Es ist allen bewusst, dass etwas gemacht werden muss, aber man ist sich uneinig über die konkreten Lösungen. Die Nachbefragung zur Abstimmung des CO_2-Gesetzes zeigt, dass die zusätzlichen Abgaben eine zu grosse Hürde waren. Es stellt sich nun die Frage, ob die Umweltprobleme eher mit Anreizen als mit Pflichten gelöst werden können. Darüber ist man sich leider nicht einig.

Die Arbeitslosigkeit ist vom letztjährigen dritten Platz auf Platz 9, einen historischen Tiefstand, gefallen. Wie erklären Sie sich, dass diese Sorge im aktuellen Jahr trotz Corona-Krise so stark abgenommen hat?

Ich denke, dies hat zwei Gründe: Zum einen die Robustheit unserer Wirtschaft und des Standortes Schweiz. Zum anderen pandemiebedingt die sehr starken staatlichen Unterstützungsmassnahmen. Alleine über das Kurzarbeitssystem der Arbeitslosenversicherung sind über 15 Milliarden Franken geflossen. Durch diesen massiven Geldzufluss konnten grössere Entlassungen vermieden werden. Wir werden sehen, was passiert, wenn die Krise abklingt und der Geldzufluss stoppt. Kommt es doch noch zu einer Konkurswelle? Besonders für Branchen, die bereits vor der Pandemie fragil waren und jetzt durch diese staatliche Finanzierung überleben konnten, könnte es schwierig werden.

Im Mai 2021 hat der Bundesrat entschieden, das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen. Der grosse Aufschrei in der Bevölkerung blieb aus. Dennoch zeigen die Resultate des Sorgenbarometers, dass sich viele Menschen hierzulande Gedanken zu unserer Beziehung zur EU machen. Wie sehen Sie das und wie wird der Bundesrat nun vorgehen?

Das überrascht mich nicht. Die Schweiz hat in ihrer Geschichte ständig ein Gleichgewicht in den Beziehungen zu unseren Nachbarn suchen müssen. Zum einen liegen wir im Herzen des Kontinents und wollen stabile und zuverlässige Beziehungen.
Zum anderen wollen wir uns abgrenzen und politisch eigenständig sein. Dies hat immer wieder für Spannungen gesorgt und wir haben immer wieder Lösungen gefunden.
Der Bundesrat schlägt der EU nun einen politischen Dialog vor, um einen gemeinsamen Weg zu finden. Das darf aber nicht eine administrative, trockene Angelegenheit sein, sondern soll ein politischer Dialog sein, in welchem beide Seiten ihre Ansprüche, Bedürfnisse und Eckwerte definieren.
Beide Seiten haben nämlich ein ureigenes Interesse daran, gute Beziehungen miteinander zu haben – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich.

Die geopolitische Lage scheint komplexer und die Kräfteverhältnisse unklarer zu werden. Welche Rolle kann ein Kleinstaat wie die Schweiz in einer solchen Welt spielen?

Die Rolle des «Honest Brokers», die des Mediators. Je verhärteter die geopolitische Lage, desto gefragter die Schweizer Diplomatie. Beispiele dafür sind die Treffen der Präsidenten Putin und Biden in Genf und die High-Level-Treffen Anfang Oktober zwischen China und den USA in Zürich.
Was ich nach vier Jahren als Vorsteher des →

«Wir dürfen nicht mit den Kreditkarten unserer Kinder leben.»

EDA realisiert habe, ist, dass die hohe Qualität des diplomatischen Korps viel mit den Eigenheiten der Schweiz zu tun hat: Wir haben eine besondere Sprach- und Kulturvielfalt. Wir lernen schon als Kinder, eine besondere Aufmerksamkeit für Unterschiede zu entwickeln. Und diese Fähigkeit Unterschiede zu spüren, zu hören und zu interpretieren, lehrt uns, Brücken zu bauen. Daraus ergibt sich auch die Fähigkeit unseres diplomatischen Korps, zum Beispiel die Amerikaner mit den Iranern zumindest indirekt sprechen zu lassen.

Wie das aktuelle Sorgenbarometer zeigt, sorgen sich deutlich mehr Menschen um das Zusammenleben in unserem Land als letztes Jahr. Im Allgemeinen geben die meisten Befragten an, dass aus ihrer Sicht die gesellschaftliche Stabilität am stärksten gefährdet sei. Teilen Sie diese Sorge?

Ich habe Verständnis dafür. Ich sehe, dass die Stimmung aufgeheizt ist, und ich spüre, dass die Leute nervös sind, auch in meinem eigenen Umfeld. Ich interpretiere das soziologisch als Corona-Müdigkeit: Unklare Perspektiven, unsichere Planung, die Diskussionen rund ums Impfen und so weiter. Das strapaziert die Nerven. Das Ergebnis sehen wir nun auf den Strassen mit den vielen Demonstrationen. Es ist wichtig, dass wir aufhören, einander anzuschreien und wieder beginnen, einander zuzuhören und aufeinander zuzugehen. Denn es ist unter anderem diese gesellschaftliche Stabilität, die die Stärke der Schweiz ausmacht.

Der Bundesrat geniesst wie letztes Jahr nach der Polizei den zweithöchsten Vertrauenswert aller politischen und privaten Akteure. Jedoch sind 75 Prozent der Befragten der Meinung oder eher der Meinung, dass der Bundesrat seine Führungsrolle besser wahrnehmen sollte. Wie interpretieren Sie das?

Zuerst einmal bin ich erfreut. Der Bundesrat hat in den letzten zwei Jahren trotz den grossen Herausforderungen gut funktioniert. Neben den üblichen Geschäften hat uns die Pandemie stark beschäftigt. Die Müdigkeit ist überall, auch in den Institutionen. Natürlich macht auch der Bundesrat nicht alles richtig: Die Krisenführung braucht viel Demut sowie «checks and balances». Verbesserungsmöglichkeiten gibt es immer und es ist auch gut, dass uns die Bevölkerung daran erinnert, damit der Bundesrat bodenständig bleibt.

«Die grundsätzliche Widerstandskraft dieses Landes ist unglaublich hoch.»

Wagen wir zum Schluss einen Blick nach vorn: Auf die eigene Lage in den nächsten zwölf Monaten angesprochen, antworten 12 Prozent, es werde ihnen besser gehen als heute, 75 Prozent gleich, 10 Prozent schlechter. Teilen Sie diesen – verhaltenen – Optimismus?

Ich finde es schon erstaunlich, was wir als Land leisten, und es freut mich zu sehen, welchen Optimismus die Schweizerinnen und Schweizer haben. Dies konnte man auch schon während der Finanzkrise 2008 beobachten. Die grundsätzliche Widerstandsfähigkeit dieses Landes ist trotz gewisser gesellschaftlichen Spannungen und momentaner Irritationen unglaublich hoch. Erlauben Sie mir deshalb drei abschliessende Bemerkungen: Erstens, seien wir stolz auf das, was wir als Land erreicht haben. Zweitens, realisieren wir, dass unser Wohlstand nicht gottgegeben ist, sondern dass er mit der Eigenverantwortung jeder einzelnen Person in der Schweiz zu tun hat. Und drittens, gehen wir sorgfältig und nachhaltig mit dem Erreichten um.

Foto: Raffael Waldner/13 Photo

KOSTENWAHRHEIT — Seit Jahren nimmt die AHV/Altersvorsorge im Credit Suisse Sorgenbarometer einen der obersten Plätze ein. Was in den meisten Fällen ein Qualitätsmerkmal ist, ist in diesem Fall besorgniserregend und drückt den massiven Reformstau aus: Seit 1997 gab es keine strukturelle AHV-Reform mehr.

von Andri Silberschmidt

AHV: Weiterhin ein Topthema?

Dass die AHV einer Reform bedarf, ist endlich auch bei den linken Parteien unbestritten: Während bei Einführung unseres wichtigsten Sozialwerkes auf 44 Erwerbsjahre rund 13 Bezugsjahre folgten, sind es heute (bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren) ganze 23 Bezugsjahre. Dass dies nicht aufgehen kann, liegt auf der Hand! Hinzu kommen die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge, welche in den kommenden Jahren ihren wohlverdienten Ruhestand erreichen. Unternehmen wir nichts, häuft sich deshalb bis im Jahr 2045 ein Schuldenberg von 200 Milliarden Franken an; das entspricht den Kosten von 16 Gotthard-Basistunneln!

Was unternimmt also die Politik, um der jungen Generation nicht einen immensen Schuldenberg zu hinterlassen und die Altersvorsorge nachhaltig zu sichern?

Seit 2019 befasst sich das Parlament mit der AHV21-Vorlage, einer Reformvorlage zur Stabilisierung der AHV bis ins Jahr 2030. Die AHV21 sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer vor. Letztere strukturelle und hinsichtlich der

demografischen Entwicklung notwendige Massnahme erhitzt die Gemüter und lässt die Parteien links der Mitte in ihre ideologischen Gräben zurückziehen; das Referendum gegen die AHV21-Vorlage ist bereits angekündigt.

Weiter kamen dieses Jahr zwei Volksinitiativen zustande, welche sich der AHV widmen: Einerseits die «Initiative für eine 13. AHV-Rente» des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, welche die Einführung einer 13. AHV-Rente fordert und zu erheblichen Mehrausgaben führen würde. Andererseits reichten die Jungfreisinnigen ihre «Renteninitiative» ein, welche strukturelle Massnahmen zur nachhaltigen Sicherung der AHV vorsieht: die einmalige Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre für alle Geschlechter und die anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Ganz nach dem Grundsatz: «Wer länger lebt, soll länger arbeiten.»

In etwa zwei Jahren darf sich die Stimmbevölkerung also konkret zur Zukunft der AHV äussern. Es ist zu hoffen, dass sie sich im Sinne einer nachhaltigen Sicherung ausspricht und die oberen Ränge für die Altersvorsorge im Credit Suisse Sorgenbarometer damit schon bald der Vergangenheit angehören.

Wäre da nicht die 2. Säule! Denn neben der AHV ist auch das BVG reformbedürftig: Seit Jahren kommt es in der 2. Säule zu einer massiven Umverteilung von aktiv Versicherten zu Rentnern. Das widerspricht dem Kapitaldeckungsverfahren (jede/r spart für sich selbst) und ist systemwidrig.

Grund der Umverteilung ist der überhöhte gesetzliche Mindestumwandlungssatz von 6,8 Prozent respektive die gestiegene Lebenserwartung und die Reduktion der Erwartungen zu den Anlagerenditen: Das angesparte Alterskapital muss aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung länger ausreichen und wirft auf den Kapitalmärkten weniger Rendite ab. Folglich kann die Jahresrente, welche sich aus dem angesparten Alterskapital und dem Umwandlungssatz ergibt, nicht garantiert werden.

Zur Sanierung der 2. Säule steht aktuell eine bundesrätliche Reformvorlage (BVG21) zur Diskussion, welche die Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent vorsieht. Um das Leistungsniveau zu erhalten, schlägt der Bundesrat die Anpassung der Altersgutschriften, die Absenkung des Koordinationsabzuges sowie die Einführung eines lebenslangen Rentenzuschlages, finanziert über einen Beitrag auf dem AHV-pflichtigen Lohn, vor.

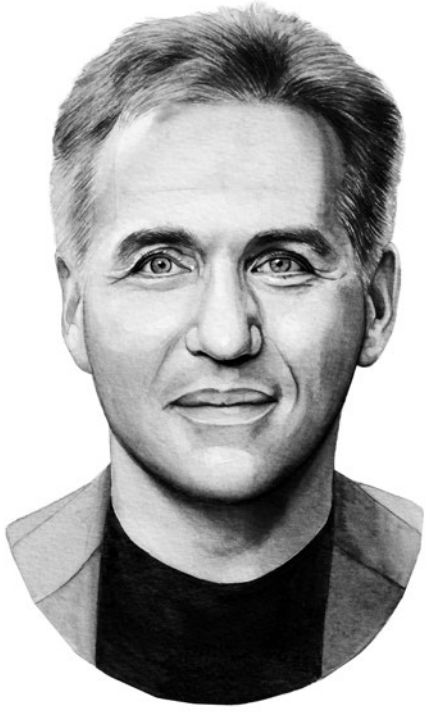
Mit letzterer Massnahme verabschiedet sich der Bundesrat vom bewährten 3-Säulen-System und will einen Rentenzuschlag nach dem Giesskannenprinzip einführen. Dagegen wehrt sich die Sozialkommission des Nationalrats!

Nach ihrer dritten Lesung der Reformvorlage hat sie ein alternatives Modell beschlossen, welches anstelle des lebenslangen Rentenzuschlages eine Kompensationsmassnahme für eine Übergangsgeneration vorsieht, welche durch Beiträge auf dem koordinierten Lohn – ein Element der 2. Säule – finanziert wird.

Da sich beide Reformen aber noch immer im legislativen Anfangsstadium befinden, dürfte sich die Altersvorsorge leider noch eine Zeit lang in den Topthemen des Credit Suisse Sorgenbarometers halten.

ANDRI SILBERSCHMIDT
ist Mitglied des Nationalrats und seit 2021 Vizepräsident der FDP Schweiz. Der Finanzspezialist ist Präsident des Dachverbands der Fachhochschulabsolventen.

Blockaden überwinden



HANDLUNGSBEDARF

Schweizerinnen und Schweizern bereitet der Zustand der Umwelt und des Klimas Sorgen – so stark wie noch nie in den letzten 25 Jahren. Wer meint, der Zustand unseres Planeten beschäftige nur ein paar Klimaaktivistinnen und -aktivisten, muss umdenken.

Von Thomas Vellacott

Die Klimakrise begünstigt Wetter-Extreme wie Starkniederschläge und Hitzewellen, was sich direkt auf die Bevölkerung auswirkt. Die Menschen realisieren, dass die Landwirtschaft und damit unsere Ernährungssicherheit direkt von funktionierenden Ökosystemen abhängt. Das hat vielen die Augen geöffnet und den grossen Handlungsbedarf aufgezeigt.
Auch ein wachsender Teil der wirtschaftlichen Akteure hat inzwischen erkannt, dass nur erfolgreich ist, wer die Sorgen der Bevölkerung um Natur und Klima ernst nimmt und Ressourcen nachhaltig nutzt. Denn: Der Konsum verschiebt sich hin zu nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Der Absatz von Bioprodukten ist letztes Jahr in der Schweiz um 19 Prozent gestiegen, der Verkauf von Fleischalternativen um 52 Prozent. 2020 wurden 49 Prozent mehr Elektroautos verkauft als im Vorjahr, während nachhaltige Anlagen heute bereits ein Drittel aller in der Schweiz verwalteten

«Es bleibt uns keine Zeit für Mutlosigkeit. Zu hoch sind die Folgekosten des Nichthandelns.»

Vermögen ausmachen, auch wenn die Definition von «nachhaltig» sehr unterschiedlich berücksichtigt wird. Auch im Risikomanagement zeigt sich: Wer den Zustand der Umwelt ignoriert, ist schlecht auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet: Von den fünf Top-Risiken mit der höchsten Eintretenswahrscheinlichkeit, die das WEF jedes Jahr in einer Befragung seiner Mitglieder ermittelt, sind dieses Jahr vier Umweltrisiken, darunter die Klima- und Biodiversitätskrise. In der Folge beginnen immer mehr Unternehmen, Klima- und Umweltschutz nicht nur am Rande, sondern als zentralen Teil ihrer Unternehmensstrategie umzusetzen. So hat sich inzwischen die Hälfte der Firmen im Swiss Market Index zu wissenschaftsbasierten Klimazielen verpflichtet.

Schlechter als europäischer Durchschnitt

Trotzdem nehmen wir die Sorge der Bevölkerung um die Umwelt noch zu wenig ernst. Ob beim Schutz der Biodiversität oder dem ökologischen Fussabdruck: Die Schweiz steht deutlich schlechter da als der europäische Durchschnitt. Die politischen Rahmenbedingungen sind hierzulande schlicht ungenügend. In zentralen Fragen des Umweltschutzes, vom Klima über die Biodiversität bis zur Landwirtschaft, ist die Schweizer Politik blockiert. Statt die dringenden Probleme im Umweltschutz anzugehen, lancieren Politikerinnen und Politiker realitätsferne Scheindebatten, beispielsweise über den Bau neuer Atomkraftwerke – obschon das Schweizer Stimmvolk den Atomausstieg längst beschlossen hat und aufgrund der katastrophalen Rentabilität kein Kraftwerkbetreiber oder Investor ernsthaft plant, in neue Atomkraftwerke zu investieren. In der Klimapolitik wird ein angeblicher Stadt-Land-Graben herbeigeredet, obgleich von der Klimakrise alle betroffen sind. Das Glarner Stimmvolk hat kürzlich eines der strengsten Energiegesetze der Schweiz verabschiedet und damit gezeigt, dass Klimaschutz nicht nur Städtern ein wichtiges Anliegen ist.

Blockaden und Scheindebatten können wir uns nicht leisten. Stattdessen brauchen wir eine neue Umweltpolitik, die der Sorge der Menschen um die Umwelt gerecht wird. Eine erfolgreiche Umweltpolitik zeichnet sich aus durch Pragmatismus, Allianzen und Wirkungsorientierung.

Wir müssen uns von ideologisch geprägten Debatten über die eine «richtige» →

Umweltpolitik verabschieden. Stattdessen braucht es das pragmatische Kumulieren verschiedener Massnahmen. Freiwillige Massnahmen oder staatliche Vorgaben? Es braucht beides. Anreize oder eine Bepreisung schädlicher Umweltwirkungen? Sowohl als auch. Hauptsache, die Massnahmen wirken. Staat, Firmen, Zivilgesellschaft und Einzelpersonen: Alle können und sollen zum Umweltschutz beitragen. Dabei steht nach der Ablehnung des CO_2-Gesetzes an der Urne vermehrt die Kombination verschiedener sektorspezifischer Massnahmen auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden im Vordergrund. Dass von der Politik pragmatische Lösungen erwartet werden, geht auch aus dem Sorgenbarometer hervor: Kein anderer Lösungsansatz erhält von den Befragten mehr Zustimmung als der, das Parlament müsse mehr Kompromisse suchen. Dazu braucht es einen Strauss rasch wirksamer Massnahmen anstelle von ideologischem Hardlinertum. Die Transition zur Nachhaltigkeit wird auch einschneidende Veränderungen mit sich bringen, doch bleibt uns keine Zeit für Mutlosigkeit – zu hoch sind die Folgekosten des Nichthandelns.

In breiten Allianzen zusammenarbeiten

Wir schaffen die notwendige Nachhaltigkeitswende nur, wenn wir in breiten Allianzen zusammenarbeiten. Dabei gilt es, nicht nur mit den üblichen Verbündeten zu kooperieren. Dafür, dass das gelingen kann, gibt es gute Beispiele, so etwa wie Forschung, Unternehmen, staatliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, um Nachhaltigkeitsstandards zu entwickeln und zum Markterfolg zu führen. Ob beim raschen Ausbau der Ökostromprodution, der Reduktion des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft oder bei der nachhaltigen Verkehrswende: Es braucht eine stärkere Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, um rasch Fortschritte zu erzielen.

Zudem ist in der Umweltpolitik ein stärkerer Fokus auf Wirkung nötig. Je mehr sich die Bevölkerung um die Umwelt sorgt, umso grösser wird das Risiko von «Greenwashing» oder von grünem Etikettenschwindel. Beispielsweise dann, wenn ein Unternehmen seinen Kundinnen und Kunden vormacht, es sei «klimaneutral», ohne den eigenen CO_2-Ausstoss entsprechend reduziert zu haben. Um «Greenwashing« vorzubeugen, braucht es unabhängige Standards und eine externe Verifizierung der Wirkung.

Der Schweizer Bevölkerung ist der Zustand der Umwelt sehr wichtig. Die Schweiz tut gut daran, die aktuelle Blockade in der Umweltpolitik mittels Pragmatismus, Zusammenarbeit und Wirkungsorientierung zu überwinden. So kann sie auf die weltweite Transition zur Nachhaltigkeit nicht nur reagieren, sondern diese mitgestalten.

THOMAS VELLACOTT
wechselte 2001 nach längerer Tätigkeit im Finanzwesen zu WWF Schweiz. Seit 2012 wirkt er bei der grössten Umweltorganisation des Landes als CEO.

SCHWEIZ–EU ___ Die Beziehung der Schweiz zu Europa kriselt. Neues Vertrauen muss aufgebaut werden. Denn ohne intakte Aussenbeziehungen funktioniert unsere Wirtschaft nicht.

Von Elisabeth Schneider-Schneiter

Vertrauen sichert den bilateralen Weg

Europa und die Beziehungen der Schweiz zu Europa gehören im Sorgenbarometer 2021 der Credit Suisse zu den Topthemen. In einem Zug genannt mit den anderen grossen Themen Pandemie, Klimawandel und Altersvorsorge. Diese Wichtigkeit erstaunt nicht. Die Schweiz pflegt seit jeher eine intensive Zusammenarbeit mit der EU – in Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur. Tausende von Menschen pendeln täglich über die Grenzen, leben als Schweizer im Ausland oder als Ausländer in der Schweiz. Enge Beziehungen mit Menschen und fremden Ländern gehören zum Erfolgsmodell Schweiz. Dies gilt insbesondere für den Austausch mit den europäischen Nachbarn.

Fragile Vertrauenssache

Das Vertrauen zwischen der Schweiz und der EU hat in den letzten Jahren stark gelitten und mit dem Abbruch der Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen den Tiefpunkt erreicht. Viele Menschen in der Schweiz misstrauen der EU mehr denn je – sehen die Beziehungen der Schweiz zur EU mehr als Bedrohung denn als Chance. Dies obwohl der Zugang zu Europa von 58% der Befragten nach wie vor als wichtig eingeschätzt wird. →

Aber auch in der EU haben Vertrauen und Zuversicht betreffend gut nachbarschaftliche Zusammenarbeit gelitten: Wie die schwierige Trennung von Grossbritannien bei der EU Spuren hinterlässt, so ist der Ton der EU gegenüber der Schweiz spürbar rauer geworden.

In bester Gesellschaft

Ihr wachsendes Misstrauen bringt die Schweizer Bevölkerung immer häufiger mit Kritik an Politik und Wirtschaft zum Ausdruck. Diese manifestiert sich etwa nicht nur als Skepsis gegenüber einer institutionalisierten Form der Zusammenarbeit mit der EU. Auch grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der Ausgestaltung des globalen Handels gehören dazu. Damit geht auch eine gewisse Entfremdung von Wirtschaft und Gesellschaft einher.

Das muss sich dringend ändern: Gesellschaft und Wirtschaft sind Partner und lassen sich nicht trennen. Über fünf Millionen Personen sind in der Schweiz erwerbstätig und das Fundament der Wirtschaft. Economiesuisse hat den ebenso offensichtlichen wie logischen Slogan formuliert «Wirtschaft, wir alle» und die soziale Nachhaltigkeit statutarisch verankert. In die gleiche Richtung zeigt die Handelskammer beider Basel mit ihrem Jahresthema «Wirtschaft in bester Gesellschaft». Ohne Menschen keine Beziehungen, ohne Beziehungen keine Wirtschaft und ohne Wirtschaft kein Wohlstand für die Menschen in der Schweiz.

Wie weiter?

Diese Frage steht seit dem Abbruch der Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen im Vordergrund. Die Umfrage ergibt, dass die bilateralen Verträge und die besonderen Beziehungen dennoch mehrheitlich auf Unterstützung zählen können. Fast zwei Drittel der Studienteilnehmenden erachten ein Rahmenabkommen mit der EU als wichtig für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz. Erfreulicherweise traut immerhin eine Mehrheit dem Bundesrat zu, dass er ein besseres Abkommen verhandelt.

Damit dies gelingt, braucht es dreierlei: Erstens eine konsolidierte nationale Haltung mit einer ernst gemeinten Renaissance der europapolitischen Allianz von SP, Grünliberalen, Mitte und FDP. Hier liegt der Ball v.a. bei den Bundesratsparteien.

Zweitens braucht es einen Konsens über die Bedeutung und Bedürfnisse eines Nicht-EU-Mitgliedstaates. Im Herzen von Europa gelegen hat die Schweiz einiges zu bieten: Innovationskraft für Forschung und Entwicklung, politische und soziale Stabilität, langjährigen Frieden und Sicherheit und generell attraktive Rahmenbedingungen. Das alles ist in Europa nicht selbstverständlich. Umso wichtiger wird ein Partner, der wie die Schweiz all dies bieten kann.

Drittens braucht es Offenheit für Beziehungen über die Landesgrenzen hinaus und Vertrauen darauf, dass die Schweiz mit einer solchen Offenheit nichts verliert. Der Staat muss die nötigen Freiheiten gewähren, damit Wirtschaft und Gesellschaft ihre Stärken im freien Handel und in einer sozialen Marktwirtschaft voll ausspielen können. Ebenso wichtig ist, dass die Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen – und weiterhin ihren Beitrag zu Wohlstand und sozialer Nachhaltigkeit beisteuern.

Mit diesem Dreiklang wird das Vertrauen in künftige Regeln für die Zusammenarbeit mit der EU gestärkt. Denn wir dürfen uns nichts vormachen. Ohne eine Institutionalisierung dieser Zusammenarbeit hat der erfolgreiche bilaterale Weg zwischen der Schweiz und der EU keine Zukunft.

ELISABETH SCHNEIDER-SCHNEITER
ist Nationalrätin der Mitte und Präsidentin der Handelskammer beider Basel. Ihre politischen Schwerpunkte sind Europapolitik und Aussenwirtschaft.

TOP-TEN-SORGE ___ Wohnkosten sind ein Dauerthema. Dass die Sorge um steigende Mieten aber gerade jetzt mehr Sorgenfalten hervorruft, ist erklärungsbedürftig und lenkt die Diskussion auf den Stellenwert der Wohnung und die unterschiedliche Problemlage je nach Einkommensklasse.

Von Fredy Hasenmaile

Wohnkosten belasten die Einkommensschwachen

Zum ersten Mal überhaupt figurieren die Wohnkosten unter den Top-Ten-Sorgen der Schweizer Stimmberechtigten auf Rang 8. 17% der Befragten nannten erhöhte Wohnkosten bzw. steigende Mietpreise als eine ihrer fünf Hauptsorgen. Das Resultat widerspiegelt den hohen Stellenwert, den das Thema Wohnen in der Gesellschaft seit je einnimmt. Die Corona-Pandemie hat den Stellenwert der eigenen Wohnung gar auf ein neues Niveau gehoben, da die Haushalte während den Lockdowns sehr viel Zeit zu Hause verbrachten. Der Wohnung dürfte auch in der Welt nach Covid-19 aufgrund des weitverbreiteten Trends zu Homeoffice eine höhere Bedeutung zukommen. Weshalb das Thema der Wohnkosten gerade jetzt verstärkt im Vordergrund steht, wirft aber dennoch Fragen auf, denn die Wohnkosten waren in der Vergangenheit schon deutlich stärker angestiegen als in letzter Zeit.

Was sagen die Daten?
Für die Haushalte, die in den letzten Jahren ihre Wohnung nicht gewechselt haben, sind die Mieten konstant geblieben oder sogar gesunken – sofern die Mieter →

Mieterhaushalte des untersten Einkommensfünftels müssen gut 36 Prozent ihres Budgets für Wohnkosten aufwenden.

aufgrund der tieferen Referenzzinssätze ein Senkungsbegehren gestellt haben. Für Haushalte, die umgezogen sind, sprechen die Daten nicht mit einer Stimme. Von den vier zur Verfügung stehenden Zeitreihen, die sowohl die auf den Wohnungsportalen ausgeschriebenen Wohnungsmieten nachverfolgen (Angebotsmieten) als auch die Mieten, die sich aus den neu abgeschlossenen Mietverträgen herauslesen lassen (Abschlussmieten), zeigen zwei einen leichten Anstieg, die beiden anderen einen Rückgang. Im Durchschnitt können wir von einer Seitwärtsbewegung der Mieten über die letzten Jahre ausgehen. Das ist plausibel, da die Leerstände bei den Mietwohnungen seit 2014 stark zugenommen haben und heute schweizweit über 70 000 Mietwohnungen leer stehen.
Ein grösseres Problem waren steigende Mieten insbesondere bis etwa 2015, wie alle vier Zeitreihen mit steilen Anstiegen in den Jahren bis 2015 bezeugen. Die Wohnkosten sind erst seit Kurzem eine Antwortoption des Sorgenbarometers, was erklärt, weshalb die Wohnkosten nicht schon damals als eine Hauptsorge genannt wurden.

Spielt auch der schwindende Traum von Wohneigentum eine Rolle?
Verantwortlich für die Sorgen über hohe Wohnkosten könnten auch die davon galoppierenden Eigentumspreise sein. Im Zuge anhaltender Tiefstzinsen und wachsender Knappheit, weil zu wenig Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen gebaut werden, wachsen die Preise von Wohneigentum wieder beschleunigt. Da zusätzlich die Regulierung des Hypothekarmarktes höhere finanzielle Anforderungen an potenzielle Kreditnehmer stellt, schaffen nur noch wenige Haushalte den Einstieg ins Eigentum. Das ist für viele kaufwillige Haushalte frustrierend und Anlass zur Sorge, zumal Wohneigentum mit Blick auf die Kosten gegenwärtig die klar günstigere Wohnform ist.

Hohe Zahlungsbereitschaft fürs Wohnen
Setzen wir nochmals bei den Mieten an. Dass Wohnungsmieten auch in Zeiten hoher Leerstände nicht markant sinken, hat letztlich mit unserer Zahlungsbereitschaft zu tun. Wohnen ist uns wichtig. Mit wachsendem Wohlstand bzw. Einkommen sind wir bereit, mehr für das Wohnen auszugeben. Der Anteil der Wohnkosten liegt in der Schweiz daher seit über 70 Jahren konstant zwischen 14% und 18% unseres Haushaltsbudgets, obwohl die Einkommen in dieser Zeit stark gestiegen sind. Verdienen wir mehr, leisten wir uns bessere und

grössere Wohnungen. Ein wichtiger Faktor ist zudem die knappe Verfügbarkeit von Boden, sodass die Bodenpreise kontinuierlich ansteigen, solange die Schweiz wächst und prosperiert. Konsequenterweise bewegen sich die Wohnungsmieten annähernd proportional zur Veränderung der Einkommen. Das war auch in den letzten zehn Jahren der Fall, in denen die Nominallöhne im Durchschnitt pro Jahr um 0,70% angestiegen sind. Ein ähnlicher jährlicher Anstieg von 0,71% resultiert, wenn wir aus den oben erwähnten vier Mietpreisreihen einen Durchschnitt bilden.

Ein Problem der Grosszentren
Obige Überlegungen blenden jedoch aus, dass weder die Mieten noch die Einkommen überall gleichmässig ansteigen. Insbesondere in den Grosszentren, auf die sich im Zuge des Reurbanisierungstrends ein grosser Teil der Nachfrage konzentriert hat und wo folglich auch die Leerstände deutlich geringer sind, haben die Mietpreise in den letzten Jahren stärker zugelegt. Für städtische Mieter sind die Wohnkosten daher ein grösseres Thema. Kommt hinzu, dass in den meisten Städten die Verdichtung nur schwierig umzusetzen ist und viel zu wenig Wohnraum gebaut wird. Wohnungsknappheit lässt sich letztlich nur über eine Ausweitung des Angebots zur Zufriedenheit von allen lösen. Ein Grundsatz, den die städtische Politik oftmals nicht beherzt und dagegen lieber auf Rationierung setzt. Nur wenige können sich dann vergünstigte Wohnungen oder eine Genossenschaftswohnung ergattern, während die anderen knappen und daher teuren Mietwohnungen ausgesetzt sind.

Mietpreisbelastung vor allem für die untere Einkommensschicht problematisch
Problematisch sind die Wohnkosten vor allem für das unterste Einkommensfünftel der Haushalte. Denn während die Haushalte in der Schweiz für die Wohnkosten gegenwärtig im Schnitt 14,7% ihres Haushaltsbudgets aufwenden müssen, liegt dieser Anteil bei den Mieterhaushalten, die zum untersten Einkommensfünftel zählen, bei 36,2%. Damit wird die Regel, dass zu Wohnzwecken nicht mehr als ein Drittel des Einkommens aufgewendet werden sollte, verletzt. Die Situation hat sich dabei für das unterste Einkommensfünftel in den letzten 20 Jahren laufend verschärft, wohingegen für die übrigen Mieter die Belastungen gesunken sind. Bei den Miethaushalten mit sehr geringen Einkommen müsste demnach die Politik ansetzen und gezielt solche Haushalte finanziell unterstützen, anstatt generell Wohnungen zu vergünstigen.

FREDY HASENMAILE
ist Managing Director und seit rund 20 Jahren als Ökonom für die Credit Suisse tätig. Er leitet den Bereich Swiss Real Estate Economics.

Leben im Angesicht der Unsicherheit

Foto: Valentin Flauraud/Keystone

KRISENRESISTENT ___ Die Corona-Pandemie führt den Stimmberechtigten die Resilienz der Schweiz in Zeiten der Krise vor Augen. Zwar beobachten die Schweizerinnen und Schweizer das Handeln von Politik, Wirtschaft und Medien in diesen unsicheren Zeiten genau, sehen Verbesserungsmöglichkeiten und wägen ab, wenn es um das geäusserte Vertrauen geht. Von existenziellen Sorgen sind jedoch die allerwenigsten geplagt.

Die Corona-Pandemie verdeutlicht, dass das Leben – auch in der Schweiz – zunehmend durch Unsicherheit geprägt ist. Wir leben heute in einer sogenannten «VUCA-World». Das Akronym steht für die englischen Begriffe «Volatility», «Uncertainty», «Complexity» und «Ambiguity». Der Begriff wurde in den 1990er-Jahren am United States Army War College geprägt, um die sich verändernde Welt nach dem Ende des Kalten Krieges zu beschreiben. Seit der Geburtsstunde des Begriffes bis heute wurde die Welt wiederholt mit neuen Unsicherheiten konfrontiert: 9/11, die globale Finanzkrise und geopolitische Herausforderungen. Nun zuletzt verdeutlicht die Corona-Krise, dass auch die Schweiz Teil dieser VUCA-Welt ist und im Kern durchgeschüttelt wird.

Krisenresistente Schweiz und unbesorgte Stimmberechtigte

Aber: Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass die Schweiz insgesamt relativ krisenresistent ist. Zumindest, wenn man sich an den Einschätzungen der Stimmberechtigten orientiert. Sie geben an, dass die Schweiz eine hohe Resilienz hat. Bei der Frage nach ihrem aktuellen wirtschaftlichen Wohlbefinden oder der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in der Zukunft etwa, schlagen sich Krisen wie die Finanzkrise (2008), die Euro-Krise (ab 2010) oder auch der Frankenschock (2015) kaum in schlechteren Werten nieder. Vor dem Hintergrund der enormen Kosten für Wirtschaft und Staat, die durch die Pandemie ausgelöst werden, steht die Frage nach den langfristigen finanziellen Konsequenzen von Corona im Raum. Die Stimmberechtigten sind dabei der Meinung, die angehäuften Schulden sollen in den nächsten 20 Jahren (auch mit Sparmassnahmen) abgebaut werden. Die Sorge um eine erhöhte Steuerbelastung scheint jedoch im Vergleich zu den letzten zwei Jahren nicht mehr Leute umzutreiben. Auch dass die breit zugängliche Unterstützung der Wirtschaft in der Krise plötzlich alle bequem werden lässt und sie sich in Zukunft vom Staat durchfüttern lassen werden, ist keine Sorge, welche eine Mehrheit teilt. Und obwohl zuweilen über eine Million Arbeitnehmende in der Schweiz von Kurzarbeit betroffen waren, verliert die einstige Top-Sorge, die Arbeitslosigkeit, auch in diesen ökonomisch so wenig vorhersehbaren Zeiten weiterhin an Bedeutung – mindestens auf nationaler Ebene.

Trotz Corona: Schlechter gestellte Personen gewinnen Optimismus

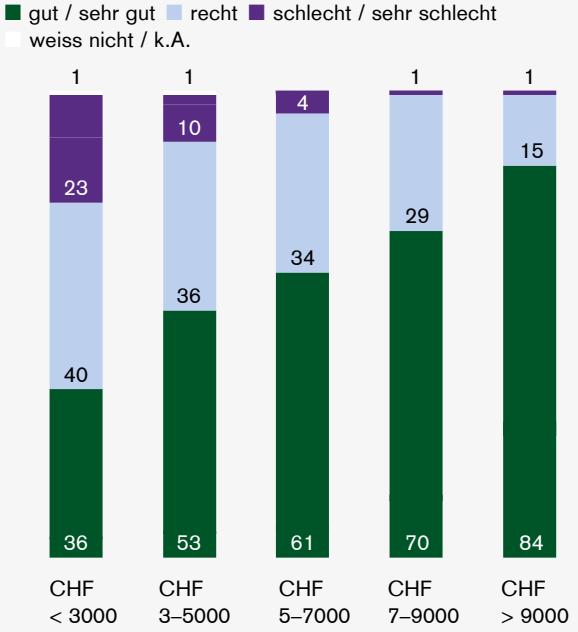
In der lateinischen Schweiz, bei Personen mit tiefer Bildung oder einem Haushaltseinkommen von 3000- bis 5000 Franken sind die Sorgen einer möglichen Arbeitslosigkeit höher als bei besser gestellten Personen. Ebenso beurteilen Personen, die finanziell weniger gut gebettet sind oder einen tieferen Bildungsabschluss haben, ihre aktuelle →

57 %

sind der Meinung, die Schweiz habe die Corona-Krise besser gemeistert als alle anderen.

1 Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage nach Einkommen

KEINE PANDEMIEKRISE «Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht?» [in %]



wirtschaftliche Lage schlechter, als dies bei besser gestellten Personen der Fall ist **[vgl. Grafik ●1]**. Überraschend ist hingegen, dass sich gerade in den letzten drei Jahren in der Wahrnehmung dieser Bevölkerungssegmente eine deutliche Verbesserung in der Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen Lage eingestellt hat. Dieser Befund ist angesichts der Pandemie doch einigermassen erstaunlich, da gerade diese Gruppen häufig besonders von Massnahmen wie Kurzarbeit oder Lohneinbussen betroffen waren.

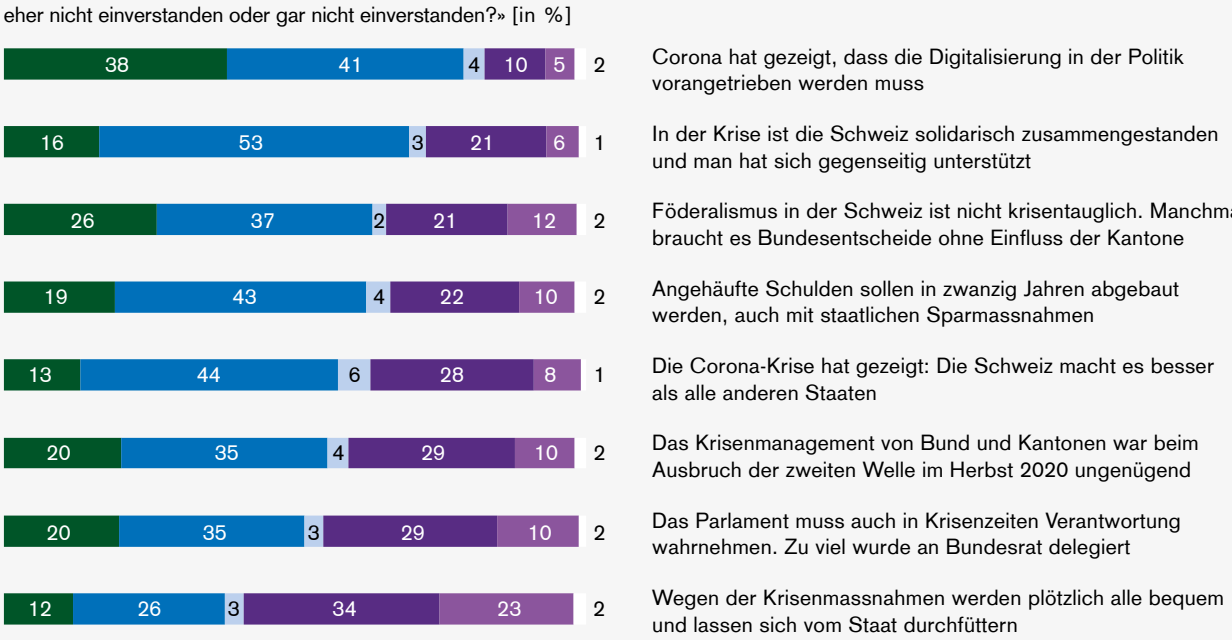
Vertrauen auch während der Pandemie vorhanden

Während die Krisen seit Ende der 1990er-Jahre primär ökonomischer Natur waren, was mit den sehr soliden Staatsfinanzen der Schweiz einigermassen abgefedert werden konnte, geht die aktuelle Corona-Krise über rein wirtschaftliche Aspekte hinaus und schafft auch Unsicherheit, was das gesellschaftliche Leben und das politische Funktionieren des Landes betrifft.

Dennoch: Die Schweiz erhält selbst in dieser fundamentalen Krise noch recht gute Noten. 57 Prozent der Stimmberechtigten in der Schweiz sind der Meinung, dass die Corona-Krise gezeigt habe, dass es die Schweiz besser macht als alle anderen Staaten **[vgl. Grafik ●2]**. Auch der Anteil Stimmberechtigter, der der Politik oder der Wirtschaft Versagen vorwirft, hält sich in Grenzen und ist in den letzten eineinhalb Jahren nicht in die Höhe geschnellt. Und: Während das Vertrauen in Akteure im Bereich Politik, Wirtschaft und Medien zwar etwas unter Druck geriet und durchaus Kritik an gewissen Aspekten der Pandemiebewältigung geäus-

2 Aussagen zur Corona-Krise

DIGITALISIERUNGSSCHUB «Wir haben hier einige Aussagen zur Corona-Krise zusammengetragen. Sind Sie mit diesen Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?» [in %]



sert wird, kann von einer generellen Vertrauenskrise nicht die Rede sein. Gerade der Bundesrat geniesst im Vergleich über die letzten rund 15 Jahre auch 2021 hohe Vertrauenswerte. Beim Parlament, aber auch den Medien fällt der langfristige Trend dagegen etwas weniger positiv aus.

Andere Akteure verlieren weiterhin an Vertrauen, obwohl sie für das unmittelbare Funktionieren von Wirtschaft oder Politik notwendig sein könnten, indem sie Stabilität und Sinn stiften: Weder die Armee konnte im Mittelwert an Vertrauen gewinnen, noch konnten die Kirchen ihren anhaltenden Vertrauensverlust der letzten Jahre wettmachen.

Verbesserungspotenzial beim Krisenmanagement und Föderalismus

Zweifel herrscht auch darüber, inwiefern der Föderalismus in Zeiten von Krisen und Unsicherheit die richtige Organisationsform ist. Immerhin 63 Prozent wünschen sich unter solchen Umständen mehr Kompetenzen beim Bund und weniger bei den Kantonen. Gerade das Krisenmanagement im Herbst 2020 wurde von einer Mehrheit nicht als gelungen empfunden.

Während also die Schweiz sich als resilient gegenüber Krisen erweist, zeigten sich das Krisenmanagement, die hinterherhinkende Digitalisierung und der Föderalismus als wenig hilfreich, um die Pandemie zu bewältigen. Zudem konnten sich die Wirtschaft, Medien und die Armee – trotz ihres unermüdlichen Einsatzes während der Pandemie – nicht profilieren.

Die Krise hat in den Augen der Stimmberechtigten jedoch auch Momente der Solidarität geschaffen und bei den Stimmberechtigten das Gefühl ausgelöst, dass die Schweiz in Zeiten von Krisen und Unsicherheiten zusammensteht und Lösungen findet.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland; **PROJEKTVERANTWORTUNG** Dr. Manuel Rybach (Leitung); Till Oehler (stv. Leitung); Florian Klemm, Andreas Brand (Mitarbeit);
IN ZUSAMMENARBEIT MIT gfs.bern, Cloé Jans, Lukas Golder, Adriana Pepe, Andreas Schiendorfer;
KONTAKT public.policy@credit-suisse.com;
KONZEPT UND GESTALTUNG Crafft AG;
TEXTPRODUKTION Andreas Schiendorfer;
DRUCKVORSTUFE UND DRUCK Vogt-Schild Druck AG;
AUFLAGE 650

Dieses Dokument wurde von der Credit Suisse (Schweiz) AG einzig zu Informationszwecken und zur Verwendung durch den Empfänger erstellt. Die darin geäusserten Meinungen sind diejenigen der Credit Suisse (Schweiz) AG bzw. der externen Autoren zum Zeitpunkt der Redaktion und können sich jederzeit und ohne Mitteilung ändern. Hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit dieses Dokuments wird keine Gewähr gegeben, und es wird jede Haftung für Verluste abgelehnt, die sich aus dessen Verwendung ergeben können. Copyright ©2021 Credit Suisse Group AG und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

Die gesamten Umfragen und weitere Artikel stehen zum Download bereit auf:

Sorgenbarometer 2021

credit-suisse.com/sorgenbarometer

VISIO